

Bezugspreis:

Wortführer 2.- Mtl. monatlich 2.- Mtl. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Romatisch 2.- Mtl. ggf. Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.25 Mtl. für das übrige Ausland 2.50 Mtl. bei täglich einmaliger Zustellung 2.75 Mtl. Postgebühren nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eintragungen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Heu“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 26. September 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53-54.

Internationale Arbeitersolidarität.

(Drahtbericht unseres Kopenhagener Korrespondenten.)

„Sozialdemokraten“ zufolge beschlossen die skandinavischen Gewerkschaften gemeinschaftlich eine Garantiesumme von 10 Millionen Kronen aufzubringen, durch die die deutschen Gewerkschaften in Stand gesetzt werden sollen, für die skandinavische Valuta Lebensmittel in den skandinavischen Ländern einzukaufen. 4 Millionen Kronen entfallen auf Schweden, 3 Millionen auf Norwegen und 3 Millionen auf Dänemark. Auf Seiten der dänischen Gewerkschaftsleitung wird betont, daß man verpflichtet sei, angesichts des niedrigen Marktkurses den deutschen Kameraden diese Handreichung zu leisten, zumal die nordischen Arbeiter im Laufe der Jahre viel brüderlichen Beistand in Deutschland gefunden haben.

Der dänische Anteil der Garantiesumme wird durch die Arbeitererschaft selbst aufgebracht und zwar derart, daß die Mittel für den Fall eines bedeutenden Konfliktes nicht festgelegt sind.

So selbstverständlich eigentlich die gegenseitige Hilfe der Arbeiterklassen der verschiedenen Länder ist — die deutsche hat, wie ihr zuerkannt wird, keine Gelegenheit zur Solidarität

verfümt —, so freudig ist doch die Entdeckung, daß in der Eiseskälte, in der der Krieg die nationalen Organisationen des Proletariats gefangen hielt, die edelste Blüte sozialistischer Gesinnung nicht erfroren ist. Ganz abgesehen davon, in welcher Weise der riesenroten Not des deutschen Proletariats durch die Aktion der nordischen Genossen gesteuert wird — die Handlung als solche ist für den deutschen Arbeiter, der sich verbittert für den Sündenbock des Weltkrieges betrachten lassen muß, eine heilsame Tröstung und Erhebung.

Aus der Internationale der gegenseitigen Vorwürfe und Diskussionen erwachsen die ersten Ansätze der internationalen hilfreicher Tat! Ihr gilt unser freudiger hoffnungsvoller Gruß, unser Handschlag zum Gelübnis, Gleiches mit Gleichem, Treue mit Treue zu vergelten!

Gegen die Zurücksetzung der Besiegten.

(Drahtbericht unseres Berner Korrespondenten.)

Das leitende Komitee des Schweizer Gewerkschaftsverbandes hat beschlossen, keine Delegierten zum Arbeiterkongress in Washington zu entsenden, solange die Arbeiter der Zentralmächte dazu nicht offiziell gemäß dem vom Internationalen Kongress in Amsterdam gefassten Beschluß eingeladen sind.

Kämpfe in Dalmatien.

Wie das Südslawische Pressbureau meldet, begann am Dienstagmorgen eine südslawische Truppenabteilung in der Richtung auf die von den Italienern besetzte Stadt Trau vorzudringen, als ein amerikanischer Torpedoschiffsführer in den Hafen einließ, um den Rückzug der Italiener auf die Demarationslinie zu erzwingen. Die Einwohner von Trau griffen zu den Waffen und eröffneten das Feuer auf die Italiener, die eiligt die Stadt verließen. Den Südslawen fielen ein Panzerauto, der Kommandant der italienischen Truppenabteilung und drei Mann in die Hände. Inzwischen schiffen sich 200 bewaffnete amerikanische Marinesoldaten mit Maschinengewehren aus und übernahmen das italienische Panzerauto und die Gefangenen. Sie brachten sie nach Spalato und übergaben sie dem Befehlshaber des italienischen Stationschiffes Puglia.

Inzwischen trafen die serbischen Truppen, von der Bevölkerung stürmisch begrüßt, ein. Die Amerikaner übergaben die Stadt den südslawischen Truppen und schifften sich wieder ein. Die südslawischen Truppen verfolgten die Italiener über Trau hinaus und setzten ihre Aktion fort. Das amerikanische Kriegsschiff verbleibt einige Tage im Hafen. Es erhielt strenge Anweisungen für den Fall einer Wiederholung des Angriffes seitens der Italiener.

Die Lage im Seemannsstreik.

Streik gegen die Gewerkschaft.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Hamburg, 25. September. Die Streiklage war heute unverändert. Größere Ausdehnung des Streiks ist unwahrscheinlich, wenn auch der Seemannsbund seine Bemühungen fortsetzt, um die Hafenarbeiter und andere Kategorien in den Streik zu ziehen. Der Fischdampferverkehr ruht vorläufig, obgleich in Cuxhaven eine Versammlung der Fischdampfermannschaften sich gegen den Streik ausgesprochen hat. Es kommt in den Versammlungen und Veröffentlichungen der Streikenden immer deutlicher zum Ausdruck, daß sich der Streik in erster Linie — gegen den Transportarbeiterverband richtet.

Hamburg, 25. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In einer gestern abend abgehaltenen Versammlung der Sektion der Seeleute des Transportarbeiterverbandes sprach Käppler über den Streik der Seeleute (Seemannsbund). Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, sich nicht an diesem Streik zu beteiligen, da die Ziele politische Zwecke sind. Von den am Streik beteiligten Fischdampferbesatzungen waren Vertreter erschienen. Diesen wurde der Rat gegeben, die Beteiligung am Streik aufzugeben und ihren Forderungen zu gegebener Zeit zur Durchführung zu verhelfen. Das Gewerkschaftsamt werde ihnen die notwendige Unterstützung gewähren.

Vorgestern fuhr der amerikanische Handelsdampfer „Western Spirit“ nach Hamburg ab, nachdem er eine Zeitlang im Kopenhagener Hafen gelegen hatte, ohne daß seine Ladung wegen des Hafenarbeiterstreiks gelöscht werden konnte. Das amerikanische Frachtamt Shipping Board denkt, die amerikanischen Schiffe von nun an nach ausländischen Häfen, in erster Linie nach Kopenhagen zu dirigieren. Von dort aus sollen die Waren mittels deutscher Eisenbahnwagen nach Deutschland befördert werden.

Was kann und soll die Internationale?

1. Mehr als je zuvor beschäftigt uns heute die Frage: Was ist die Arbeiterinternationale und was kann sie leisten? Denn fast allein von ihr scheinen gegenwärtig unsere Hoffnungen auf einen Sturz der Gewaltsuprematie der erdbeherrschenden Mächte und damit einen Sturz des Weltkapitalismus abzuhängen. Um so notwendiger, diese Frage mit kühlster Klarheit zu untersuchen und lieber den Ueberdauung solcher Hoffnungen zu begreifen, als die Kraft und Arbeit der Partei an unrentierbare Illusionen zu vergeuden.

Was war die sozialistische Internationale? Warum versagte sie? Schon früher, nach Kriegsbeginn, als die Sozialisten aller Länder über den Zusammenbruch ihres Arbeiterbrüderungsglaubens trauerten, versuchte man der Ursache dieser allgemeinen Enttäuschung nachzugehen. Sie lag meiner Meinung nach darin, daß man sich bei Gründung der ersten Internationale Erwartungen hingegeben hatte, die niemals erfüllt werden konnten. Marx' weisshäutiger Geist hatte sie aus der Laune gehoben. Sie trug das Zeichen seiner prophetischen Sehernatur, die den Lauf der Entwicklung in ungeheuren Stappen verfolgte und unter der Gewalt eines leidenschaftlich-revolutionären Willens das Ganze dieser Entwicklung in einen zu engen geschichtlichen Rahmen zusammenpreßte. So konnten die Beschlüsse der Internationale wohl in großen Zügen den Extrakt der wirtschaftlich-politischen Ideen und die Zukunftsidee des Sozialismus wiedergeben, aber keine praktische Bedeutung für die Gegenwart gewinnen. Sie konnte erklären, daß die Arbeiterchaft aller Länder dem Krieg feindselig gegenüberstehe, daß sie gegen die Eroberungsgier der imperialistischen und kapitalistischen Interessen der herrschenden Klassen in allen Ländern sei; aber sie hatte kein Mittel, diesem Widerstand durch die Tat Nachdruck zu verleihen. Der von den Franzosen auf dem letzten internationalen Kongress vor dem Krieg für den Fall eines Kriegsausbruchs beantragte Generalstreik wurde abgelehnt, weil man seine Undurchführbarkeit begriff. Die Vorgänge nach Kriegsausbruch sind bekannt. Man warf der deutschen Partei vor, die Kredite bewilligt, damit ein verhängnisvolles Beispiel gegeben und die Aktionskraft der Internationale von vorn herein gebrochen zu haben. Doch von allen andern abgesehen: Was hätte auch die Kreditverweigerung sämtlicher Parteien zunächst an dem Kriegsverlauf geändert? Ueberall hatte das Militär vernichtende Machtmittel in der Hand, und selbst bei den unerträglich Leidenden des deutschen Proletariats in vier langen Kriegsjahren konnte sich kein Widerstand geltend machen, bis diese Machtmittel in sich selbst zusammenbrachen.

Die Internationale feierte in Bern ihre Auferstehung, und die Hoffnung auf eine aufbauende Tat begann sich neu zu regen. Doch schon wenige Monate später, auf der Luzerner Zusammenkunft, enthielten sich wieder die Bruchstellen und die Zerbrechlichkeit dieses ganzen Gebildes. Nur dadurch, daß man diese Stellen möglichst vor jedem derben Zufassen schützte, wurde es noch in seiner Unverletztheit bewahrt. Allerdings steden die Risse jetzt tiefer; sie spalten schon die einzelnen Teile: die nationalen Parteien in sich.

Der Kampf ist nun zwischen der zweiten und der sogenannten dritten, bolschewistisch-kommunistischen Internationale entbrannt. Mit Ausnahme von England existiert bereits überall eine stärkere oder schwächere dahin tendierende Richtung. Die norwegische und die italienische Partei haben sich zu ihr bekannt, ebenso der schweizerische Parteitag, den freilich die Schweizer Genossen in der ihm folgenden Urabstimmung wieder desavouierten.

Es könnte scheinen, als ständen wir so vor einer konsequenten Radikalisierung der sozialistischen Theorien, die zu dem allmählichen Wachstum des Kommunismus führen und mit der Ablösung der zweiten durch die dritte Internationale enden wird. Was diese erstrebt, sagen ihre Proklamationen mit scheinbarer Deutlichkeit: ein Räteystem und die Diktatur des Proletariats nach bolschewistischem Muster, sofortige Sozialisierung aller Wirtschaftsbetriebe, Zusammenschluß des internationalen Proletariats durch die Weltrevolution. In Wahrheit ist dieses Programm von äußerster Verwirrung durchsetzt. Was unter der Sozialisierung zu verstehen sei, ist bis jetzt völlig ungeklärt; die profektierten Verträge der russischen (und ungarischen) Bolschewisten haben sich als lächerlicher, jede Wirtschaftsorganisation auflösender Dilettantismus erwiesen, dessen Resultate schwerlich zur Nachahmung reizen; das Räteystem gehört nicht dem bolschewistischen, sondern dem sozialistischen Gedankenkreis an und wird sich ohne Zweifel allmählich in allen wirtschaftlich entwickelten Ländern zu einer, die überlebte Alleinherrschaft des Parlamentarismus ergänzenden, demokratischen Form durchbringen, und statt der Weltrevolution dürfte inner-

Vor dem englischen Eisenbahnerstreik.

Die Eisenbahnerkrise nimmt immer größeren Umfang an. Nach Beendigung der Beratungen im Ausschuss des Nationalverbandes der Eisenbahner über die Einheitslösung erklärte der Präsident, daß der Regierung ein Ultimatum gefandt worden sei, in dem das Regierungsanerbieten abgelehnt werde. In dem Ultimatum wird darauf hingewiesen, daß, falls bis Donnerstagabend 12 Uhr keine günstige Entscheidung getroffen sei, der Befehl zum Streik ausgegeben werde. Eine gütliche Antwort lag gestern nachmittag noch nicht vor. Falls sie nicht noch eintreffen sollte, wird heute mittag der Streik proklamiert werden.

Das Ministerium für Transportwesen veröffentlichte eine Erklärung, in der es die Absendung des Ultimatum am Tage des Uebergangs der Befugnisse des Handelsamts auf das Verkehrsministerium als vollkommen unentscheidbar bezeichnet. Um die Forderungen der Eisenbahner zu erfüllen, würde der Wäertarifaufschlag, vermutlich um mehr als 50 Prozent erhöht werden müssen. Dies würde eine Mehrausgabe von 45 Millionen Pfund Sterling jährlich bedeuten. Um 4 Uhr nachmittag ist ein Ministerrat einberufen worden.

Ausdehnung des amerikanischen Streiks.

Aus New York wird gemeldet: Der Streik hat sich in mehreren Städten des Westens erheblich ausgedehnt. Besonders hobriten, die nicht dem Stahltrust angehören, haben sich dem Aufstand angeschlossen.

Wachsende Erbitterung.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Washington über den Streik in der amerikanischen Stahlindustrie: Der Streikleiter Foster erklärte, daß 327 000 Arbeiter streikten. In Ohio, Illinois und Indiana sind die meisten Fabriken geschlossen. In Ohio streikten 8700, im Bezirk Cleveland 55 000 Arbeiter.

In Clarton bei Pittsburg haben am Sonntag neue Zusammenkünfte zwischen der Polizei und den Streikenden stattgefunden. Der Eisenbahnerverband beschloß auf einer in Cincinnati abgehaltenen Versammlung, zur Aktion überzugehen. Auf beiden Seiten bereitet man sich auf einen langen Kampf vor. Die Arbeitgeber richten für die Arbeitswilligen Häuser ein. Der allgemeine Streik soll bis zum 1. November dauern, wenn nicht eine Lohnerhöhung von 60 Proz., der Sechsstundentag, die fünfständige Arbeitswoche, 50 Proz. Lohnerhöhung für Heberstunden und hundertprozentige Lohnerhöhung für die Arbeit an Sonn- und Feiertagen in Illinois, Indiana, Pennsylvania und Ohio bewilligt wird. Auf einer in Indianapolis abgehaltenen Versammlung erklärten sich auch die übrigen Bezirke bereit, diese Forderungen zu stellen.

Das Reutersche Bureau meldet aus New York, daß es infolge des Streiks in der Stahlindustrie in New Castle, Pittsburg und anderen Städten am Dienstagabend zu weiteren Zusammenkünften kam, die beträchtliche Opfer forderten.

In Martins Ferry und Ohio ist es zwischen den Unternehmern und den streikenden Arbeitern zu einer Einigung gekommen.

Vor einem Generalstreik in Italien.

Die Mailänder Arbeitskammer hat mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit einer Lösung des seit Monaten bestehenden Konfliktes zwischen Metallarbeitern und Industriellen an das Arbeitersekretariat des allgemeinen Gewerkschaftsbundes das Ersuchen gerichtet, den Generalstreik in ganz Italien zu erklären.

hals sehr kurzer Zeit der völlige Zusammenbruch des russischen Bolschewismus erfolgen, mit dem zugleich dann auch die aus der Phantasie der revolutionär erregten Arbeiterklasse verschwindet. Dann wird das bolschewistisch-kommunistische Experiment in Russland und seine Nachahmungsversuche als das erkannt werden, was es ist: die Ausgeburt machtklügerer oder beschränkter Gewaltmenschen, die den Glauben des Proletariats an die Kraft des Sozialismus mißachteten und mißbrauchten.

Bestimmend für den Verlauf der Zürcher Vorkonferenz waren die inneren Streitigkeiten der einzelnen Parteien, ihr Schwanken zwischen sozialistisch-demokratischer und bolschewistischer Auffassung, die in der deutschen Vertretung in äußerster Schärfe hervortraten. In dieser vollständigen Verwirrung der nationalen Gruppen liegt zunächst einmal ein unübersteigbares Hindernis jeder kraftvollen internationalen ebenso wie nationalen Aktion. Der Sozialismus, welche Ziele und mit welchen Mitteln er sie erstrebt, um den Kampf gegen die nichtsozialistische Welt aufzunehmen. Innerhalb des Kreises der kämpfenden Völker können die einen die anderen nicht als Verräter und Feinde betrachten, wenn sie gegen die immer noch vorhandene Uebermacht der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft Siege ersehnen wollen. Deshalb ist immer nur zu wiederholen: die Vorbedingung eines internationalen sozialistischen Kampfes ist die Einigung der nationalen Parteien auf der Grundlage eines neuen, den gegenwärtigen politischen Verhältnissen angepaßten Programms.

In Luzern wollte man die Schwierigkeit auf anderem Wege lösen: man vermied den Zusammenprall, indem man die Aufstellung eines klaren Zieles umging und die Meinung der Konferenz zu den verschiedenen Problemen in Reihen zusammenzog, die schlimmstenfalls alles und alle zugleich umschlossen. Das heißt: man beschränkte sich wie ebendies auf platonische Erklärungen der Kriegsgegenschafft, Gemeinsamkeit der proletarischen Interessen in allen Ländern, der Notwendigkeit der Aufnahme aller Völker in den Völkerbund usw. Konkreter Inhalt hat höchstens die Forderung einer gerechten Verteilung der Rohstoffe und Lebensmittel und des Kolonialbesitzes der Nationen. (Dabei ist es interessant, wie der einst von den Sozialisten so sehr verachtete Kolonialbesitz jetzt allgemein in seiner Bedeutung begriffen wird.) Mittel und Wege, wie man diesen Forderungen nahe kommen sollte, wurden allerdings nicht angegeben. Auch die internationale Kommission, die in Bern delegiert war, um bei den Alliierten auf eine Milderung der Friedensbedingungen zu dringen, konnte auf den Vorwurf, daß sie nichts erreicht habe, nur auf ihre Machtlosigkeit verweisen.

Hat also die Internationale überhaupt nur dekorativen Wert? Kann sie niemals Aktionsfähigkeit gewinnen oder liegt der Fehler nur in einer Einstellung auf falsche Ziele?

Das Problem wird vielleicht klarer, wenn man es zu dem allgemeineren erweitert: Beginnt die Macht einer Partei oder Gruppe im politischen Leben erst da, wo sie entscheidende politische oder wirtschaftliche Gewalt hat? Sicherlich nicht. Die politische Arbeiterbewegung fing bereits an, starken politischen Einfluß zu üben, als hinter ihr erst ein verhältnismäßig sehr kleiner Teil der Bevölkerung stand, und dieser Einfluß war in den verschiedenen Ländern durchaus nicht ihrer quantitativen Stärke proportional. Er hängt von der Führung der Bewegung, fastlich vor allem von ihren gleichsam gebundenen Kräfte, von ihrer geschichtlichen Bedeutung ab, mag sie sie auch in der Gegenwart noch nicht voll erfüllen können.

Würde, um etwa bei dem aktuellen Beispiel zu bleiben, die sozialistische Organisation der Weltwirtschaft in der Tat durch einen bloßen Völkerbund herbeigeführt werden können,

in dem jede Nation die gleiche oder ihrer Größe entsprechenden Rechte besitzt, so würde auch heute der Appell der Internationalen, einen solchen Völkerbund aufzubauen, nicht ganz ohne Wirkung verhallen. Aber der real denkende Politiker (und auch, was so oft vergessen wird, der Sozialist darf bei allem Realismus der Forderung nicht aufhören, realpolitisch zu denken, wenn er wirken, nicht bloß deklamieren will) sollte endlich erkennen, daß der Völkerbund nur eine formale Institution, sozulegen die juristische Form ist, in der eine bereits vorhandene Rechtslage festgelegt wird, daß also diese Gleichheit selbst vorher erst durch spezielle, auf dieses große Ziel gerichtete politische Arbeit erkämpft werden muß. Um der schönen Augen der sozialistischen Internationalen und ihrer großartig klingenden Resolutionen willen werden die gegenwärtigen Machthaber in der Völkerfamilie ihre Vorherrschaft freilich nicht opfern, so wenig die nationalen Gewaltgelehrten, die zum Kriege führten, sich vor den Friedensresolutionen der ersten Internationalen in nichts verflüchteten. Da jene politische Arbeit vorläufig jeder Nation besondere Aufgaben stellt, also zunächst in nationalem Rahmen geleistet werden muß, entzieht sie sich dem Wirkungsbereich der Internationalen, es sei denn, diese begnügt sich von vornherein mit der Formulierung idealer Zukunftshoffnungen und verzichtet auf Leistungen in der Gegenwart.

Das Gegenbeispiel dazu bildet das Programm der internationalen Gewerkschaftsforderungen, wie es jüngst in Amsterdam festgelegt wurde. Die gewerkschaftlichen Strebungen laufen überall ziemlich im gleichen Geleise, und die Entwicklung tendiert ohnehin mit aller Kraft zur Herausbildung internationaler Arbeitsgesetze und eines internationalen Arbeitsrechts, die aus den gleichgerichteten nationalen Gewerkschaftskämpfen herausgewachsen sind. Hier ist also die Internationale nur die Vollstreckerin des tatsächlichen Werdens oder sie will — und damit erfüllt sie eine ihrer spezifischen Aufgaben — störende, in sich nicht begründete Differenzen ausgleichen oder endlich, wie in der Frage der Zulassung einwandernder fremder Arbeiter, internationale Arbeitsstreitpunkte durch internationale Vereinbarungen aus der Welt schaffen.

Wally Zepiet.

Hergt prophezeit wieder.

Auf dem Parteitag der Deutschnationalen Mittelschlesiens sagte der ehemalige Finanzminister Hergt:

Zur Durchführung unserer Ideen brauchen wir eine Revolution nicht. Wir werden unser Ziel erreichen auf verfassungsmäßigem Wege. Denn es wird die Zeit kommen, wo von zwei Drittel Mehrheit des Volkes der Scheit ertönt: wir wollen wieder einen Monarchen. Vorläufig müssen wir uns freilich bescheiden. Aber wir wissen, daß die Zeit sicher kommen wird wo wir wieder eine Monarchie und mit ihr die Hohenzollern haben werden.

Diese Prophezeiung aus diesem Munde ist für uns Republikaner außerordentlich beruhigend. Herr Hergt ist ja ein Prophet von Ruf, er war es, der einst im preussischen Abgeordnetenhaus sagte: „M. H., das amerikanische Heer kann nicht fliegen, es kann nicht schwimmen, es wird nicht kommen.“ Hergtens neue Prophezeiung wird sich glücklicherweise ebenso falsch erweisen, wie es leider seine erste auch gewesen ist. Die Amerikaner sind gekommen, die Hohenzollern werden nicht wiederkommen. Nebenbei, der Herr Minister a. D. und Mit. der Nationalversammlung glaubt, eine Verfassungsänderung sei nur möglich, wenn zwei Drittel des Volkes für sie stimmen, in Wirklichkeit fordert die Verfassung nur, daß die Mehrheit der Stimmberechtigten (nicht die Mehrheit der Abstimmenden) für sie stimmt. So bleibt Herr Hergt der unglücklichste aller Propheten: die Blamage der andern enthält sich meist erst

nach Jahren, er blamiert sich schon jetzt, indem er zeigt, daß er die Verfassung, auf die er an einer anderen Stelle seiner Rede mörderisch schimpft, nicht einmal kennt.

Das ist ganz was anderes!

Die „Weltbühne“ veröffentlicht ein Interview ihres Mitarbeiters Johannes Fischart mit dem Obersten Reinhard, das von verschiedenen Zeitungen auszugswise nachgedruckt wurde. Oberst Reinhard ist damit sehr unzufrieden und stellt die Authentizität des Interviews in Abrede, indem er durch W.B. eine Erklärung erläßt, daß er weder einen Johannes Fischart kennt, noch mit ihm ein Interview gehabt hat. Die Sache ist die, daß Johannes Fischart das Pseudonym eines bekannten Tageschriftstellers ist, der tatsächlich eine 1½stündige Unterredung mit Oberst Reinhard hatte, deren Inhalt er als Interview wiedergab.

Es ist erstaunlich, daß Herr Oberst Reinhard sich hier mit aller Kraft gegen die wahrheitsgemäße Wiedergabe seiner Worte wendet. Derselbe Herr hatte nicht das mindeste dagegen, daß eine inhaltlich falsche Wiedergabe einer Unterredung, die seine Vertrauensleute im Reichswehrministerium gehabt hatten, als formuliertes „Vertrauensdokument für Oberst Reinhard“ in die Welt hinausging. Das war freilich ganz was anderes.

Maximilian Hardens Hinrichtung.

In unseren Auszügen aus dem Thimmerschen Buche über Maximilian Harden haben uns ein paar unbelehrbare Hardenberehrer Zuschriften gefandt, in denen sie von ihrem Idol zu retten suchen — was zu retten ist. Es ist aber nichts zu retten.

Wiederholt werden wir angefragt, ob es denn ein so schweres politisches Verbrechen sei, seine politische Ueberzeugung zu ändern, das sei doch schon vielen passiert. Gewiß, darauf beruht sogar die politische Entwicklung, und wir kennen manchen, der sich von rechts nach links oder von links nach rechts entwickelt hat, ohne deshalb unsere persönliche Achtung einzubüßen. Ein himmelweiter Unterschied aber besteht zwischen der konsequenten Entwicklung eines politischen Charakters und der Hardenschen Erscheinung. Das ist keine Entwicklung, sondern ein Sprung aus einem Extrem ins andere. Eben noch rasender Alldufter, der nicht genug Schimpf und Geißel über die Entente auspeilen kann, jetzt plötzlich Anbeter und Lobpreis der Entente! Derselbe Mann, der noch vor kurzem Deutschland jedes Recht der Eroberung, der Robeit, der Unterdrückung anderer mit Begeisterung zugestanden hat, preist jetzt den Versailles Frieden als das gerechte Strafgericht über die verbrecherische Kreatur, Deutschland geheihen!

Dazu das widerliche Renegatentum, in dem sich der Nobige des Pazifismus gefällt, der jetzt Leute der Gesinnungslosigkeit und mangelnden Ueberzeugungstreue verdächtigen möchte, die schon längst zur Besonnenheit und Mäßigung rieten, als der allduftere Harden noch wie ein Berserker tobte und Verschämungslieder sang. Der simpelste Taft mußte einen Mann von Hardens politischer Vergangenheit von solchem Tun abhalten.

Und zum Schluß: Keine der Zusendungen hat mit einem Wort die dreiste literarische Fälschung zu verteidigen gewagt, die Harden bei der Herausgabe seiner Kriegsschriften begangen hat. In der Tat, wer solches Vorgehen verteidigt, der besitzt so anders geartete Anschauungen von literarischem Anstand, daß mit ihm eine Diskussion nicht möglich ist.

Wir bleiben dabei: Der werktätige Drecksler August Bedel wachte, was er tat, als er diesem parfümierten Bordrecksler den Rücken zudrehte.

Meißener Wein.

Eine Herbstplauderei von Gerd Zehn.

Wenn man die Deutschen lieben und richtig lernen lernen will, muß man sie in ihren Dörfern und kleinen Städten aufsuchen. Wir zogen in vergangenen Zeiten jahrein, jahraus, und werden in zukünftigen Zeiten vielleicht auch wieder zu Tausenden nach Italien ziehen, und vom Gardasee bis nach Sorrent und Amalfi sind uns alle berühmten Stätten bekannt. Aber warum in die Ferne schweifen, wo das Gute so nahe liegt? Wie wenige von diesen einsigen und zukünftigen Italienschwärmern haben das sächsische Kärnberg, das anmutige Meißen, gesehen, das all jenen südländisch-schwülgigen Orten, gerade an erst malerischen Meißen weit überlegen ist! Ohne die unermüdliche Arbeit der Menschen wäre Meißen nichts anderes als ein waldiges Flußtal, wie es deren so viele gibt. Seine eigentliche Schönheit erhält es wie Benedig erst durch die tausendjährige, ununterbrochene, emsige Arbeit seiner Bewohner. Sie gründeten die auf stolzer Bergeshöhe thronende Albrechtsburg, bauten den mächtigen, in unseren Tagen in neuer Pracht wiedererstandenen Dom, errichteten allenthalben Mäster und Schulen, verwandelten durch ihren Fleiß den lergen Boden in ein blühendes, grünes Paradies und bepflanzten als Ordnung in weiter Runde die steilen Höhen des Elbtals mit Reben.

Es muß Herbst sein, will man den Schönsten und zugleich auch den fröhlichsten Eindruck von Meißen gewinnen. Dann kommen Tage mit sentimentalen Farben. Ueber die Wälder gleitet, nach dem ausstrahlenden Grün des Sommers, ein milder, milder Ton. Im Teppich der Laubtrönen leuchtet es hier und da weiß auf. Die Weinberge im Umkreis der tief im Tal sich dahinziehenden, vom zeitgeschwärtzten wuchtigen Turm der Marienkirche übertragten Stadt beginnen sich zu bemalen. Glühend rote Reize stehen darin. Unter ihnen schwellen die reifen Trauben. Die Reize gehen, kosten und untersuchen. Noch zwei Sonntage — noch einige Tage... morgen! Dann wird gelesen. Die Weinlese geht hier im Elbtal ruhig vor sich. Nicht so ausgelassen und fröhlich wie am Rhein und an der Mosel. Höchstens ein paar Blumen auf die offenen Ähbel gekleidet, die mit Trauben gefüllt zur Kelterei fahren. Wenn man von dort später den Nebensaft in den lähnen Keller schaffet, befinden sich wohl zwei oder drei Feldblumen im Spundloch und lassen ihre Köpfchen hängen, weiße Margueriten oder roter Klee, wie sie überall am Weingrad stehen, oder eine fleischige, gezogene Georgine, die gar nicht dorthin paßt.

Wenn gleich nach dem Ausspruch Alexander von Humboldts die Weinberge nicht zur Verschönerung einer Gegend beitragen, da sie ihr ein verkrüppeltes Aussehen verleihen sollen, so möchte ich doch das Gegenteil behaupten, daß die Weinberge die lhrliche Poesie einer Gegend bedeuten und als Zeichen eines milden Klimas das Auge des Wanderers ergötzen. Das wäre zum Beispiel das Elbtal zwischen Dresden und Meißen ohne seine an den Hängen der Elb-

ufer hoch emporsteigenden, weinbepflanzten Terrassen? Meißen, die weinuntermächtige Stadt, würde ihres lieblichsten Reizes verlustig gehen, wenn die Anhöhen der gelungoldigen Rebenreihen beraubt würden? Und was würde die Meißener Einwohnerschaft selbst sagen, wenn es keinen Schieler und keinen Most mehr zu vergapfen gäbe?

Von der eigentlichen Fruchtbarkeit des Herbstes sieht man in Deutschland nur wenig. Aber ich habe sie im sonnigen Süden gefolgt, im Elbtal zwischen Bogen und Trient, wo in den grünen Wiesen in fast endlosen Reihen die tragenden Kapselbäume standen, rötlich als im Frühjahr die Blütenbäume. Ja, denke an die Weinlänge zwischen Arco, Mori und Riva, der bekannten Zugangsstraße zum Lichtgrünen Gardasee, und dann in Italien selbst: diese endlosen Gehänge blauer Trauben, schwanke von Baum zu Baum, diese Festons von Tausenden lastiger, schwerer Trauben im Grün der Laubgewinde, angeleitet von einer sabblichen Sonne und schwellend in einer schier trunkenen Leppigkeit. Und weit und breit nur weinbeladene Gänge, weinbestandene Felder, jede Rebe fast zusammensinkend unter der Fruchtlast, stundenweit keinen Raum lassend immer wieder den Blick streifend mit seinen Kohorten blauer, schwerer, aufstehender Trauben.

Die bei uns in Deutschland aufgehundenen geraden und regelrecht gepflanzten Reblöde bieten freilich nicht so malerische Reize wie der Wein im sonnigen Süden, wo er led und leicht die hohen Bäume mit flatternden Girlanden und kühlen Lauben umschlingt. Unsere Weinberge lassen uns kalt, gleich den Wohnfeldern von Mainz und den Hopfenanbauten in der badischen und elsässischen Rheinebene. Aber es ist etwas anderes, was uns den Weinberg lieb und teuer macht: es ist die köstliche Landschaft, in die er sich einreicht, und die Poesie, die seine Früchte umschwebt.

Das Börsenspiel in deutscher Mark.

Die Börse hat ihre Moden gerade so wie die Kleidung. Bald ist Petroleum Mode, bald Bergwerke, bald Gummi und bald Eisenwaren. Gegenwärtig ist die große Mode an der Börse die deutsche Mark. So beginnt Charles Duguid einen „Spielein in Mark“ betitelten Aufsatz, den die „Daily Mail“ mit Vorbehalt veröffentlicht. Amerikanische Spekulanten“, fährt Duguid fort, „haben Marks schon seit langem gekannt und sind niemals auf ihre Kosten gekommen, weil sie erleben mußten, daß sich ihr Wert ständig verringerte. Amerikanische Kaufleute kaufen sie jetzt, weil sie ihrer in den großen Handelsgeschäften bedürfen, die sie mit Deutschland abschließen wollen. Aber jedermann kauft gegenwärtig Mark. Vor dem Kriege war die Mark so viel wert wie der Schilling und jetzt kann man 125 für 1 Pfund (20 Schil.) kaufen! Die britischen Soldaten in den besetzten Gebieten haben mit Wechselgeschäften, die sonst das kompliziertste Geschäft in der Welt sind, Vermögen verdient, bis die Militärbehörden gegen diese Gewinne einschritten. Die Sache muß doch also sehr einfach sein. Wir nannten sie früher einmal die „Mark der Bestien“, aber jetzt, da es Frieden wird, haben wir ein sehr freundschaftliches Gefühl für sie. Spielwaren- und Gold-

fabrikanten und andere untätige Leute, die darüber jammern, daß wir wieder deutsche Waren einführen wollen, erkennen den Vorteil beim Kaufen deutscher Mark. Die großen Bankiers raten ihren Kunden nicht dazu, der allgemeinen Mode des Markkaufens zu folgen. Sie richten sich aber selbst nicht nach ihrem Rat. Mark zu 125 Stück für 1 Pfund gegen 20 Stück vor dem Kriege erscheinen ja so lächerlich billig, daß sie steigen müssen. Aber als sie 89 für 1 Pfund nach dem Waffenstillstand standen, kauften die Leute sie aus, weil sie so lächerlich billig so feil schienen. Die Mark wird vielleicht noch weiter fallen, wenn Deutschland jene umfangreiche Wareneinfuhr durchführt, die für seine spätere Ausfuhr notwendig ist. Aber Deutschland wird sich erholen, und die Mark wird eines Tages wieder so viel wert sein wie ein Schilling. Aber wird das die Mark sein, die wir kaufen? Angenommen, Deutschland legt in Durchführung einer sehr möglichen Finanzreform den Preis der Mark zu dem Wert fest, auf den sie gefallen ist. Dann sind alle die heringefallen, die jetzt so eifrig der Mode des Markkaufens huldigen.“

Notizen.

— Deutsche Kunst in Paris. Das französische Handelsministerium will eine internationale Ausstellung dekorativer Kunst in Paris veranstalten. In der ersten Sitzung wurde nun die brenzliche Frage angeschnitten, ob die Deutschen dazu eingeladen werden sollen und von einigen Seiten bejaht. Es versteht sich, daß ein Senator, der eine der verwickeltesten Provinzen vertritt, die volle Schale der Entrüstung über die Antragsteller ausgoß. Immerhin die Entscheidung wurde der Regierung überlassen. Der „Figaro“, der dieser Frage die Ehre eines Leitartikels widmet, schlägt vor, die jungen deutschen Künstler warten zu lassen, bis ihre Väter ausgestorben sind.

— Also warten wir. Aber immerhin: die internationale Pariser Ausstellung wird ohne die deutsche Beteiligung eine Lücke aufweisen. Das deutsche Kunstgewerbe hat der Welt, inklusive der französischen, bereits bewiesen, daß es keine Bedeutung hat. Wird beim Ausschluß der Deutschen nicht der Eindruck erweckt, es sei aus Konkurrenzneid geschehen?

— Theater. Die Eröffnung des Eden-Theaters, die auf Freitag angelegt war, mußte auf den 1. Oktober verschoben werden.

— Repertoiränderung. Im Schillertheater wird „Biel Parmum nichts“ statt am Freitag erst am Sonntag gegeben.

— Gerhart Hauptmanns „Hirtensied“, ein bisher nirgends aufgeführtes Fragment, wird im Weimarer Nationaltheater gegeben werden.

— Kunstchronik. Im Kupferstichkabinett des Neuen Museums ist außer der Ausstellung der Neuerwerbungen an jüngster Kunst (Kotzschka, Fedel, Richter, Pechstein usw.) eine Ausstellung des Kupferstichwerkes Dürens ausgestellt. An der Hand der herrlichsten Abdrücke, wie sie in dieser Gütie keine Sammlung der Erde besitzt, wird das Bild seiner Entwicklung aufgezeigt.

— Die Fährung ins Choriner Naturshausland findet am 28. September statt.

Das Berliner Gesicht.

So ist wohl das Berliner Gesicht, das heißt die Stelle Berlins, wo sich die Mannigfaltigkeit des Berliner Lebens, wo sich alle Regungen und Leidenschaften der Berliner Seele am deutlichsten und am gleichmäßigsten ausdrücken? Der Wedding ist es so wenig wie die gepflegte und distinguierte Langweiligkeit des Kurfürstendamms. Zwischen diesen beiden Extremen liegen die verschiedensten Abstufungen lokalbedingter Berliner Oeffentlichkeit. Da ist das Getto um die Grenadierstraße herum, da schaut am Spittelmarkt das alte spießbürgerliche Berlin mit dem schabigen Abglanz der Gründerjahre verdröhten und etwas blöde in die anders gewordene Welt, da predigen die Strahengänge nach den Vorstädten hinaus die poesielose, nüchterne und häßliche Brutalität der deutschen Industrie- und Spekulationsentwicklung der vergangenen Friedensjahre verkloppener Wilhelm. Ganz draußen, in Siemensstadt das Werk eines der heimlichen Kaiser von Deutschland, eines Industriemagnaten, das, geführt vom Zwange der Zeit, zur kapitalistischen Republik einer Aktiengesellschaft wurde. Aber das alles könnte nur aus der Vogelperspektive das abgerundete Gesicht von Berlin ergeben, und da nur wenigen von uns die Möglichkeit verliehen ist, Berlin von oben herab zu betrachten, so suchen wir den Ausdruck seiner Seele da, wo sich seine verschiedenen Wesenheiten auf ebener Erde begegnen und kreuzen müssen.

Das ist am Potsdamer Platz. Der Potsdamer Platz war schon ein alter Demokrat, als die Summalkaiserlichen Wilhelm des Zweiten noch manchmal keinen Asphalt zu streichen geruhten. Es war Platz für alle: für die Arbeiter, die zu früher Morgenstunden aus den abgegründeten Strahengängen von Neukölln nach Moabit zur Turbine oder von der Alten Jakobstraße nach Spandau fuhren, für die Warenhausmädchen von Tieg und Berthel, für die Reisenden mit dem Musterkoffer, für die Journalisten, die zwischen Morgen- und Abendblatt je nach ihrer Individualität Mokka oder etwas Kaffee schlürften, für die diebstahligen Pilger aus den Weinstuben der Potsdamer und Leipziger Straße. Allerdings ein wenig Demokrat vor den glänzenden Autos, die aus dem Tiergarten heranschlüpfen, etwas devot vor den Gentlemen des Fürstentums. Für die Wahrung preußisch-bürgerlicher Solidität sorgten die "Blauen", die jedem Lautwerden proletarischer Instinkte mit der ihnen eigenen Energie entgegenzutreten.

Diese immerhin echte Solidität des Potsdamer Platzes bekam durch den Krieg einen sichtbaren Anack. Raum war der feste Tritt ausmarschierender Truppen verhält und die burraufenden Kriegervereinsgemüter hatten das Feld geräumt, war die Behäbigkeit dahin. Die Zeitungsrufen beherrschten die Straße mit ihren Aufen, grell schrien die mehr oder minder vaterländischen Plakate ihre Aufforderungen zu irgendwelchem patriotischen Tun, sei es zum Hungern, sei es zum Zeichnen von Kriegsanleihe oder zur Goldablieferung. Die milde Gast der Schwerepaketen, von Bahnhof zu Bahnhof, von Front zu Front ellenden Feldgrauen ließ die gewohnte Stetigkeit vermissen. Das Café "Piccadilly" hieß nun "Vaterland", dafür wurde der Kaffee teurer und der Kuchen schlechter, bis beides ganz aufhörte. Auch die Eleganz in den Hotels wurde immer zweifelhafter; wo Ladies und Gentlemen in ehler Blasterheit in den Klubsesseln gelegen hatten, hockten der Kriegsgewinnler und der wohlgenährte Mittelschichtler des Ostens. Eines Tages schrie Karl Liebknecht über den Platz: "Rieder mit dem Krieg!" Er verschwand und der Krieg ging weiter. So sehr er versuchte, es zu verhalten: der Potsdamer Platz wurde immer schosler, der Dalles schaute aus dem mit Gips gestärkten Maniketten. Er wurde zum Kriegsschauplatz im Kampf um die Strahengängen, im Ansturm auf die Zigarrenläden, der Asphalt wurde immer brüchiger und die ehedem strengen Ladenfenster waren wie blinde Augen. Bei Asinger, wo sich sonst noch mancher arme Teufel sattessen konnte, gab es nur noch sogenanntes "Bier" und buntgarnierte Köstlichkeiten. Aufmärsche und Demonstrationen zerstückelten hier in ihren Ausläufen und schließlich wurden derer immer weniger, die hier noch gläubig die Rudendorffischen Heeresberichte lesend an den Eden standen. Schließlich kam die Revolution und der Potsdamer Platz wuchte nicht, ob er Spartakus oder Sozialdemokrat werden sollte. Es

ratterten die Maschinengewehre, Handgranaten flogen auf das Pflaster, ein Heer von Papier spülte um die Laternen, hin und her wurde demonstriert, alle möglichen Namen wurden hoch- und niederleben gelassen. Aus dem heimlichen Schieber war der Strahengändler geworden, der mit Vierdeutigkeiten, alten Hosen, Pfannkuchen und Propagandaschriften handelte. Der Jammer des Heruntergekommenen heulte sich in hundert Drehorgeln aus. Krüppel entblöhten ihre verstümmelten Glieder und Liebe wird in Unterröcken und Matrosenuniformen verhandelt. Der Schugmann steht nur noch wie ein klägliches Kompromiß aus gegen die Patrouillen der Sicherheitswehr. Das Café "Vaterland" hat sich längst wieder nach der französischen Opereette orientiert und neben dem Obstwagen steht das Dirnlein, das zart und innig die holde Weise trillert:

Licht aus, Messer raus!
Haut ihn, daß die Freyen fliegen...

Das ist der Potsdamer Platz von heute. So lebt er, so lebt er und träumt von vergangener Solidität und besseren Zeiten.

Groß-Berlin

Die finanzielle Belastung des künftigen Groß-Berlins.

Wie den "P. P. R." von antilicher Seite mitgeteilt wird, wird die Finanzkraft des künftigen Groß-Berlins von verschiedenen Vororgemeinden auf eine harte Belastungsprobe gestellt. So hat u. a. die Gemeinde Reinickendorf beschloffen, ein Grundstück zum Preise von circa 1 1/2 Millionen anzukaufen, um darin kommunale Betriebe einzurichten. Aus einer anderen Vororgemeinde verlautet, daß sie ihren bisherigen Baumeister mit einem Gehalt von 18000 M. als Stadtbaurat angestellt habe. Auch andere Gemeinden haben in letzter Zeit in auffälliger Weise Beamtenbeförderungen vorgenommen. Um eine nicht zu rechtfertigende Mehrbelastung der Gesamtgemeinde Groß-Berlin zu verhindern, werden nunmehr Maßnahmen in Erwägung gezogen werden müssen, die eine Vorbelastung der Gemeinden für nicht gerechtfertigte Anwendungen aus der Uebergangszeit verhindern sollen.

Merkwürdige Zustände bei der Sicherheitspolizei.

In den letzten Tagen mehren sich die Klagen über länderungslöse Entlassungen von Sicherheitsbeamten, welche schon monatelang im Dienst stehen. Vorzugsweise werden solche Leute entlassen, welche von dem Freiwilligenkorps übernommen wurden. Den Leuten wird plötzlich ein Fragebogen mit nur 51 Fragen vorgelegt, deren nicht wahrheitsgemäße Beantwortung die sofortige Entlassung nach sich zieht, deren wahrheitsgemäße Beantwortung aber sehr häufig dasselbe Resultat erzielt. Besonders eigentümlich sind die Fragen:

- Welchen Vereinen gehören Sie an oder haben Sie angehört?
- Schwebt gegen Sie ein Alimentationsprozeß?
- Ist eine früher verbüßte Strafe gelöst?
- Haben Sie durch Amnestie erlassene Strafen erlitten?
- Alles Fragen, die man in früheren Zeiten verziehen konnte, welche aber von dem Geist der Neuzeit nichts erkennen lassen. Dabei geschieht die Entlassung trotz dieser eingehenden Fragen ziemlich willkürlich. So werden Leute mit einer kleinen, während des Krieges erlittenen Arreststrafe entlassen, andere mit einem ziemlich bedeutenden Strafregister behalten. Da der Polizeipräsident erklärt, daß die Sicherheitspolizei ihm nicht untersteht, so erlauben wir uns die Anfrage: Wer ist für die Maßnahmen bei dieser angeblichen Polizeitruppe verantwortlich?

Die Arbeitgemeinschaft der Staatsarbeiter.

In der gestrigen Sitzung erhob der Vorsitzende Köhl scharfen Protest gegen Ausführungen in der Presse, die die Arbeitgemeinschaft als eine kommunistische Organisation bezeichnet haben. Er stellte ausdrücklich fest, daß ohne Unterschied der Partei lediglich ein zentraler Zusammenschluß der Arbeitervertretungen der Staats- und Reichsbetriebe geplant sei. Man beschloß, daß alle Arbeiterauschüsse schriftliche Berichte über die bei ihren Behörden erlangten Rechte und die behördlichen Hemmnisse an den Vorstand gelangen lassen sollen, der Vorstand beauftragt wird, einheitliche Richtlinien für die Bestrebungen der Arbeiterauschüsse auf Grund des einzureichenden Materials auszuarbeiten. Nach dem Statut dient der Arbeitgemeinschaft als Richtschnur die Erlangung des vollen Kontroll- und Mitbestimmungsrechtes, welches zur Sozialisierung der Reichs- und Staatsbetriebe führen soll. In den Vorstand

wurden gewählt: Rai (Kultusministerium), Köhl (Eisenbahndirektion), Reumann (Reichsdrucker), Denke (Reichstag und Wohlfahrtsministerium), Reich (Post), Richter (Staatsministerium und Post) (Oberpostdirektion).

Die Angestellten der Zeitschrift Groß-Berlin hatten unter dem 11. d. M. bei der Leitung eine Wirtschaftshilfe von 1000 M. für Verheiratete, 600 M. für Ledige und 200 M. für jedes Kind, wie für die Reichs- und Staatsbeamten, gefordert. Die Verhandlungen hatten sich durch Urlaube hingezogen. In der Sitzung am 23. d. M. haben die Obersten der Angestelltenauschüsse der Zeitschrift Groß-Berlin auf die Beunruhigung in den Angestelltenkreisen hingewiesen und mit allem Nachdruck gebeten, den Angestellten in irgendeiner Form entgegenzukommen. Besonders wiesen sie darauf hin, daß die Gemeinden Spandau, Tegel, Friedrichshagen und Wannsee die Anschaffungssumme gezahlt haben und die Stadtgemeinde Lichtenberg bereits einen erheblichen Voranschub darauf den Angestellten gewährt hat. Die Zeitschrift hat sich aber trotz der dringenden Empfehlung des Vertreters des Magistrats Lichtenberg, den Angestellten wenigstens in Form eines Vorzuschusses, wie dort, entgegenzukommen, ablehnend verhalten und hat die Forderungen nicht bewilligt. Die Angestellten fühlen sich hierdurch über alle Maßen enttäuscht und werden in einer heute, mittags 12 Uhr, abzuhaltenden Vollversammlung über die weiteren Schritte Beschlüsse fassen. Es hat nicht an dem guten Willen der Angestelltenvertreter gelegen, wenn die Verhandlungen zu keinem Resultat geführt haben. Sie lehnen jede Verantwortung für die Folgen der Ablehnung der Forderung ab. Lediglich die Zeitschrift Groß-Berlin ist dafür verantwortlich.

Die Rückwandererhilfe E. S. teilt uns zu unserer Notiz vom 16. d. M., nach der bei der Strahengammlung für Rückwanderer schwarz-weiß-rote Koffetten als Quittung ausgegeben wurden, mit, daß sie nicht daran denke, irgendwelche reaktionäre Kundgebungen zu veranstalten. Ihrer Aufschrift fügt sie die Kuffter der Aufschreibe bei, die zur Veranlassung keinen Anlaß geben. Die und feinerzeit überfandte schwarz-weiß-rote Koffette stammt vielleicht von irgend einem Besoldungskomitee. Die Rückwandererhilfe E. S. verdient selbstverständlich wärmste Unterstützung.

Die neuen Wochenarten im Berliner Vorortverkehr kosten bis zur Entfernung von 4 Kilometer 1,30 M., 5 Kilometer 1,50 M., 6 Kilometer 1,80 M., 7 Kilometer 2 M., 8 Kilometer 2,20 M., und weiter z. B. für 12 Kilometer 3,10 M., 18 Kilometer 4,10 M., 20 Kilometer 4,30 M. Auch der Preis der Schülerkarte erhöht sich um 30 Proz. Die Fahrradkarte wird im Vorortverkehr künftig 1 M. kosten.

Für die weltliche Schule. Die Grünauer Versammlung beschloß, in eine Hausagitation einzutreten, um die weltliche Schule sobald als möglich zu erreichen.

Das Café Vaterland schreibt uns zu dem Bericht über die Kohlenbergammlung der Inzbrudibalen Arbeiterräte, daß die 2400 Bentner Schmelzloks, welche in einem eingemauerten Keller vorgefunden wurden, absolut nichts mit dem Café Vaterland zu tun haben und dies anscheinend auf eine Verwechslung zurückzuführen ist. Weiter heißt es in der Aufschrift: "Wir wundern uns um so mehr über diese Darstellung, als auch der Arbeiterrat Scheffert, der anscheinend selbst die Kohlenkontrolle im Café Vaterland vorgenommen hatte, sich schon damals von der Richtigkeit unserer Angaben überzeugte." Manu!!

Der Diskussionsabend sozialistischer Studenten bot mit seinem Thema "Terrorismus und Kommunismus" interessante Ausführungen des Genossen Alderg über das Problem des Bolschewismus, die er nach dem Ausblick nach Wiedergebilde eigener Anschauungen, die er während der Kätezeit in Rußland gesammelt, ergänzte. Weitere Blise in das Wesen der russischen Revolution tat später in der Diskussion Prof. Arbramowski, dessen Vortragweise wir schon früher eingehend würdigten. Leider war damit die knappe Zeit des Abends so gefüllt, daß von einer weiteren Aussprache abzusehen und vertagt werden mußte. Jedenfalls hat die Zukunftsarbeit reiche Anregung, so daß eine Fortsetzung der Debatte an einem kommenden Abend gewiß die gleich gute Besucherzahl finden wird.

Deutscher Sozialistischer Tag. Am Donnerstag führte Redakteur Friedrichs aus, daß der erhofften Befreiung von allen Kriegsverordnungen und von jeder Bevormundung sei es vorläufig beim alten geblieben. Die reaktionäre Verwaltung mißachtet die Verfügungen der Regierung. Von der Tangent haben den Vorteil nicht die anständigen Sozialisten, deren Säle entweder noch mit Militär belegt oder sonst noch nicht gebrauchsfähig waren. Die Kommission hat beim Minister des Innern zwar persönlich

Erleuchtung.

76] Roman von Henri Barbusse. Verdeutscht von Max Goddard.

Bevor ich in den Krieg gezogen bin, haben wir in dem gleichen Bette geschlafen. Damals streckten wir uns nebeneinander aus, um uns mit Bewußtlosigkeit zu betäuben oder unsere Träume anderswo anzufiedeln. Das alltägliche Leben wirft die Menschen in einen schlimmeren Schiffsbruch hinaus als die Trauerspiele Shakespeares. Nur zwei Dinge gibt es für ein Ehepaar: "Schlafen! Sterben!" Aber seitdem ich wieder heimgekommen bin, sind wir nächstens durch eine Wand voneinander getrennt. Diese Aufrichtigkeit, die ich da in meinen Augen und in meinen Gedanken heimgebracht habe, hat die Dinge meines häuslichen Lebens nachhaltig geändert als ich vermeinen konnte. Aus dem Scheine ist Wirklichkeit geworden. Maria verbirgt mir ihren vertrockneten Leib, den ich verschmähe. Wiederum regt sich in ihr die Scham, ja, die Jungfrauen-scham ist von neuem in ihr aufgewacht.

Sie verflücht ihre Tür. Sie entkleidet sich. Allein ist sie in ihrem Schlafzimmer. Sie entkleidet sich langsam und als ob all' dieses Tun zu gar nichts diene.

Es bleibt nur die Heiligheit ihres Nachtlämpchens. Dieses Licht liebkost noch ihre entknoteten Haare, in denen die anderen noch nicht die weißen Strähnen sehen, die eisbetauten Strähnen, die allein von den Händen der alternden Frau gestreift werden.

Ihre Tür bleibt verschlossen. Endgültig, alltäglich, trübselig.

Ich finde auf meinem Nachttisch das Gedicht wieder, das wir einstmal draußen gefunden haben. Es ist auf das Papierklein geschrieben, das einstmal geheimnisvollen Händen entflatterte, um bei unserer Steinbank liegenzubleiben. So aber klingt dieses Gedicht ganz leise aus: "Sehe ich Deine Schönheit, verschwindest Du dem Lächeln, dann kenne ich nur die Tränen, die zu meinen Augen fluten."

In den Tagen von einstmal hatten uns diese Verse ein Rächeln der Verzückung gebracht. Ich lese sie jetzt wieder, und an diesem Abend stürzen mir wirklich die Tränen in die

Augen. Was soll das alles bedeuten? Mir wird offenbar: es gibt eine stärkere Macht als das, was wir gesehen haben, als das, was wir gesprochen haben, als das, was Maria und ich heute gespürt haben. Vielleicht werden sie und ich eines Tages Worte wechseln können, die wichtiger und reicher als jene, die wir bisher finden durften. Dann aber wird alle Trübsal, die uns plagte, ihre wahrhaft wirkende Fruchtbarkeit erweisen.

20. Kapitel.

Ich gehe zur Fabrik. Dort fühle ich mich so verloren, als wenn ich nach einem langen Märchenschlaf in dieses Haus verschlagen worden wäre. Nel neue Gesichter. Der Umfang des Unternehmens hat sich verdreifacht und vervierfacht. Eine ganze Stadt von leichten Baulichkeiten ist dazugekommen.

Herr Nielbaque sagt mit stolzer Miene: "Anderwo haben wir auch noch sieben solche Fabriken in den letzten drei Monaten aufgebaut." Als Direktor ist jetzt ein anderer junger Neffe des Herrn Sozlan tätig. Er hat in Paris gelebt und ist zu Beginn des Krieges zurückgekehrt. Und der alte Herr Sozlan kümmert sich jetzt um alles.

Ich soll noch einen Monat warten. Ich bringe die langwierige Wartezeit hin und gedulde mich, wie alle Welt sich jetzt gedulden muß. Bei uns in der Straße sind viele nicht mehr daheim. Betritt man irgendein Haus, dann wird von dem letzten Brief geredet. Ueber den Krieg werden immer die gleichen eintönigen und nutzlosen Erwägungen angestellt. In unserer Straße stehen zwölf Häuser, in denen die Leute nichts mehr zu erwarten und nichts mehr zu sagen haben. Es ergeht ihnen ebenso wie Frau Marcassin. In einigen anderen Häusern wird der Verschwendung viel leicht eines Tages wieder austauschen. Dorten hegt man einen Schein von Hoffnung, die sich auf die Leere und auf die Stelle begründet. Manche Frauen haben in ihrem Leide so etwas wie ein neues Glück gefunden. Sie bauen ihr Leben wieder auf, und sie setzen an Stelle der Laten oder der Lebendigen neue Gefährten ein. In den Hauptstrahlen und auf den Hauptplätzen hat sich nichts verändert. Nur auf einem Platz ist eine Reihe leichter Schuppen aufgebaut worden. Sonst ist die Regsamkeit ebenso groß wie einstmal. Sie ist nur bunter und unterhaltsamer. Viele junge und wohlhabende Herren verbringen ihre Dienstzeit in den Kasernen-

Depots, in den Etappen, auf den Rekrutierungsämtern, bei der Finanzbehörde oder bei anderen Verwaltungen, an deren Namen man sich nicht einmal erinnert. In den beiden Lazaretten wimmelt es von Geisteskranken. Sieht man die Krankenträger, die Pförtner, die Radfahrer und die Kuffcher genauer an, dann merkt man, daß viele aus dem geistlichen Stande stammen, vorn, in der ersten Reihe, bin ich niemals einem Geisteskranken in der Uniform des einfachen Frontsoldaten oder dem Kocke des Arbeitsfeldaten begegnet, der sich auch mit einem Unglück herumplagen muß.

Ich denke an das, was mir einstmal der Kamerad gesagt hat, der neben mir im Stallstroh lag: "Warum gibt es keine Gerechtigkeit mehr?" Nach dem wenigen, das ich weiß und übersehe, spüre ich, daß diese ungeheure Welle gegen die Gleichheit aller lebenden Menschen zugleich mit dem Kriege emporgeschlagen hat. Diese Ungerechtigkeit, die einen nur beinträchtigt und den anderen zur hohen Geldenhaftigkeit erhob, konnte sich nur nicht offen ausdehnen, weil der Krieg schon zu lange dauerte. Der Standal wurde so auffallend, daß man irgendwelche Ordnung in die Dinge bringen mußte. Es ist, als wenn man sich nur aus Angst dazu verständ, die Dinge irgendwie zu regeln.

Ich kehre im Wirtshaus von Fontan ein. Grillon schlägt sich mit an. Wie ich ausgehen will, bemerke ich nämlich sein Spiegelbild in dem Glasrand, der in seiner Vertiefung steht. Es wird ihm täglich schwieriger, durchzukommen. Er ist sehr alt geworden. Sein Körper, der doch so mächtig gezimmert ist, froht und knact in den rheumatischen Anfällen.

Wir setzen uns. Grillon seufzt auf. Er wird so heftig von dem Schmerzkrampf gequält, daß seine Stirne beinahe auf den Marmortisch aufschlägt. Er erzählt von den Kleinigkeiten seiner Geschäfte, die nicht mehr recht gehen. Er ahnt eine Zukunft voller Entbehrungen. Dann tritt ein Feldwebel mit blondem Schnurrbart und Klemmer in die Wirtsstube. Der Mann trägt auf dem Uniformrock keine Nummer, sondern weiße Litzen, und er setzt sich neben uns hin. Er bestellt einen Portwein. Victorine lächelt ihn an und bringt das Gewünschte. Sie lächelt allen Männern zu, wie die Natur lächelt, zu jedem gleichmäßig und immer bereit.

(Fortl. folgt.)

Freemüßigen Einzug gefunden, aber tatsächlich hat der Minister wenig Entgegenkommen gezeigt. Er versprach nur, die Saalbesitzer, die im Kriege besonders gelitten haben, zu berücksichtigen, und die Dielen und die Kabinen stärker anzufassen. Ein Redner empfahl, sich an den Reichspräsidenten zu wenden, der selber einige Jahre lang eine Gastwirtschaft in Bremen betrieben habe, also die Bedürfnisse des Gastwirtsberufes am eigenen Leibe erfahren habe. Dieser Vorschlag fand Anklang. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Der Bundestag wendet sich beschwerdeführend an den Reichspräsidenten, in der Hoffnung, wenigstens bei ihm Verständnis für die Not der stark bedrängten Gewerbetreibenden zu finden.

Die „zweite Spreenfel“. Im Zuge der Friedrichstraße ist am der Weidenammer Brücke der dritte Untergrundbahntunnel unter der Spree im Bau. Nachdem bereits im Kriege die nördliche Stempelstraße mit dem ersten Tunnel und dem nördlichen Stempelstraße hergestellt worden ist, ist man nunmehr daran gegangen, auch den zweiten Bauabschnitt fertigzustellen. Hierzu ist in der Spreemitte die zweite Spreenfel entstanden, eine durch Spundwände abgegrenzte neue Insel im Spreebette. Der dritte Bauabschnitt wird der bautechnisch interessanteste. Handelt es sich doch dann darum, unter dem Schutze der vorläufigen Dede alle übrigen Arbeiten bis zur Vollendung des Tunnels auszuführen, ohne das Abkühlungen usw. von außen an den halbfertigen Tunnel herangebracht werden können. Als Abschluss dieser letzten Arbeiten wird dann noch der südliche Stempelstraße, bestehend aus massigen Granitquadern, über den fertigen Tunnel gestellt. Erst dann wird die alte Weidenammer Brücke auf ihren alten Platz gebracht werden und die Kolbrücke abgebaut werden können.

Raubüberfall in Siemensstadt.

Gestern mittag wurde am Kolbdamm in Siemensstadt der Kassierer Johannes Bierke mit 25 000 M. Inhalt beraubt. Der Überfall wurde auf die Bande sechs Revolverkämpfer ab. Hierbei wurde eine Straßenpassantin, Frau Anna Briesch aus Spandau, durch einen Schuss in die rechte Schulter schwer verletzt.

Der 50-jährige Kassierer, ein langjähriger Angestellter der Spandauer Motorwerke, hatte von seiner Firma den Auftrag erhalten, von einer Van 25 000 M. abzuheben. Um den Transport zu sichern, wurde dem J. ein Angestellter entgegen geschickt, der ihn in Siemensstadt auch antraf. Beide wollten sich nach der Straßenbahnhaltestelle begeben. Als sie den Kolbdamm passierten, stand dort eine Gruppe von sieben Männern, anscheinend in ein Gespräch vertieft. Kaum hatten die beiden Angestellten die Gruppe passiert, als sie von den Räubern umringt wurden, die unter dem Ruf „Hände hoch, wir schießen!“ auf die Überfallenen einbrachen und mehrere Schreckschüsse abfeuerten. Der Kassierer hielt krampfhaft die Tasche fest und hielt mit der Linken auf die Räuber ein; ebenso setzte sich sein Begleiter energisch zur Wehr. Inzwischen hatte jedoch einer der Räuber dem Kassierer die Tasche rücklings entzissen. Alle sieben ergriffen die Flucht und eilten in eine Querstraße, wo ein Auto bereitstand. Der Überfallene zog nun seinen Revolver und gab auf die Räuber sechs Schüsse ab. Einer der Täter ließ hierauf einen Schrei aus, ein zweiter taumelte und verlor den Hut. Da der Kassierer seine Munition verstreut hatte, gelang es den Räubern, die beiden anscheinend Verletzten in das Auto zu helfen, das davonjagte. Hierbei ertränkten die Angestellten eine wüste Schimpferei nach allen Seiten, um sich den Weg freizumachen.

Schwer verletzt wurde gestern nachmittag eine ältere Frau an der Moosen- oder Kurfürstenstraße, als sie von einem in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen abpringen wollte, um ihren abgeworfenen Hut zu retten. Sie wurde nach dem Elisabeth-Frankenhaus gebracht werden.

Wieder einer! Aus Potsdam ist der Kommunistenführer Heinrich Mühlitz geworden, nachdem er in den Eisenbahnverhältnissen große Diebstähle ausgeführt hatte. Bei seinen Gefinnungsgefahrten ist er dadurch aber offenbar nicht in Ungnade gefallen, denn er soll von Potsdam mit besonderen kommunistischen Empfehlungsschreiben nach Danzig überwiesen worden sein.

Auskunftsstelle beim Reichswirtschaftsministerium. Der Reichswirtschaftsminister Schmidt hat veranlaßt, daß in den Räumen des Reichswirtschaftsministeriums, Auskunftsstelle 103/04 (Hotel Humboldt) eine besondere Auskunftsstelle eingerichtet wird, deren Aufgabe es ist, das auskunftsstellende Publikum so schnell als möglich an die zuständigen Stellen zu vermitteln. Auf diese Weise soll verhindert werden, daß Auskunftsverlangen unnötig lange warten oder an falscher Stelle ihre Wünsche usw. vorbringen.

Senographische Ausföhrung (Stolz-Schreib) beginnt am 1. Oktober, 7 1/2 Uhr, in der Luisenparkischen Oberrealschule, Dreßdener Straße 113. Unterricht jeden Mittwoch, 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. Nach beendeten Kursus weitere Ausbildung in Fortbildungs- und Volkshochschulen.

Nadau im Spandauer Rathaus.

In der Spandauer Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag veranlaßten die Kriegsbeschädigten vom Internationalen Bund Nadau. Es erschien auch nach Eröffnung der Sitzung eine Kommission des Bundes und verlangte, sofort über eine Reihe von Forderungen, die vor einiger Zeit gestellt aber nicht erfüllt worden waren, gehandelt zu werden. Der Abordnung folgte eine Anzahl Kriegsbeschädigter und füllten einen großen Teil der Sitzungssaal. Sie schrien und ärmten unter Beteiligung der Tribünenbesucher und verlangten sofortige Verhandlung. Die Sitzung mußte unterbrochen werden, Polizei besetzte inzwischen das Rathaus. Der Nadau setzte auch nach Wiedereröffnung der Sitzung ein. Schließlich erreichten es die Kriegsbeschädigten mit ihrem Nadau, daß ihr Redeführer zu Worte kommen konnte. Die Sitzung verlief weiter stürmisch und es kam auch zu Auseinandersetzungen der Reichsbeschädigten mit den Unabhängigen. Es wurde beschlossen, eine Kommission mit der unmittelbaren Erledigung der Sache zu beauftragen.

Chemnitz. Stadtverordnetenversammlung. Zu unbesoldeten Stadträten wurden gewählt: Blum, Schulte, Galle (S. P. D.), Meyer, Schörner, Frau Elm (L. S. P.), Weide und Dr. Goering (Vürgerl.). Eine Antwort des Magistrats über die Kontrollfähigkeit des kommunalen Arbeiterrats bekräftigte die Bürgerlichen nicht; die nächste Sitzung soll sich damit befassen. Ein Besuch des Arbeiter-Nachfahrervereins um unentgeltliche Benutzung einer Turnhalle wurde der Kommission für Körperpflege überwiesen. Bei der Vorlage auf Bewilligung von 200 M. für ein Bücherregal der Volkshochschule brachten die Unabhängigen Vorworte in dem Sinne, daß die Unabhängigen gegen Kommunalisierungsbestrebungen aus. Schließlich wurde die Vorlage genehmigt. Für Instandhaltung und Pflege der Kriegsgräber wurden 17 500 M. und laufende Unterhaltungskosten 3000 M. bewilligt. Die Magistratsvorlage auf Bewilligung von 533 883 M. für eine Gasbohranlage wurde angenommen. Bürgermeister Wehne erklärte, daß die Kohlenverforgung der Gasanstalt trübe ist. Die Gasperrstunden müßten aufrecht erhalten bleiben, wenn nicht in den nächsten Wochen Kohlen eintreffen, werde es überhaupst kein Gas mehr geben. Für Straßenarbeiten an der Kolbdorfer Straße werden 111 000 M. bewilligt. Dem Tarifverträge für das Fahrpersonal der Straßenbahn wurde zugestimmt. 25 000 M. für elektrische Lichtanlage des Rathauses wurden bewilligt, da fast die ganze Tagesordnung bei Herzogenicht und einigen Petroleumlampen — Gasperrstunde 9 Uhr! — erledigt werden mußte.

Neugittan. Die Gemeindevertretung beschloß, die Umsatzsteuer von 1 auf 2 Proz. zu erhöhen, und zwar für alle Verkäufe nach dem 1. Juli d. J. Es wurde beschlossen, den Bahnbau Spindlerfeld-Neugittan-Storkow in jeder Hinsicht zu fördern und den entsprechenden Teil der Zins- und Tilgungsgarantie nach Möglichkeit

zu übernehmen. Zur Vorberatung ist eine Kommission eingeseht. Der Regierungspräsident hat die Genehmigung erteilt, gegen diejenigen Eigentümer, welche sich grundlos weigern, Wohnungen zu vermieten, mit Zwangsmassregeln vorzugehen, um wohnungslosen Ritzbürgern Unterkunft zu beschaffen. Die Klagen über das Vergehen des Kreiswirtschafsamtes sind jetzt bereits zur Regel geworden. Auch bei der neuesten Lieferung von ausländischem Weizenmehl, von dem nach Bestimmung des Kreiswirtschafsamtes pro Kopf der Bevölkerung 750 Gramm zur Ausgabe gelangen sollen, ist wieder ein größeres Risiko festgesetzt worden, so daß nur eine geringe Menge zur Ausgabe gelangen kann.

Schöneberg. Die Gewerkschaftskommission beschäftigte sich mit der Frage der Gefangeneneinlieferung. Im ganzen kommen für Schöneberg etwa 1200 Gefangene in Betracht. Bis jetzt sind 130 untergebracht. Von diesen sind 10 erwerbsunfähig. Für alle ist in weitgehendster Weise gesorgt. Es gelang, die Hälfte gleich bei hiesigen Unternehmern in Stellung zu bringen. Die anderen sind den verschiedenen Organisationen zur Eintragung in die Arbeitsnachweise überwiesen. Für den größten Teil wird wohl der gezielte Einstellungsdruck in Betracht kommen, so daß hoffentlich recht bald alle Beschäftigung finden werden. Dem „Nationalen Volksbund“, der mit großem Eifer sich an die Heimkehrenden heranmacht, um sie seinen „nationalen“ Zwecken dienlich zu machen, werden wohl nicht viele ins Garn gehen, dafür ist von unserer Seite Sorge getragen. Der Obmann der Gewerbe- und Industrievereine beachte einen Konflikt zur Kenntnis, den er mit dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Herrn Rechtsanwält Dr. Hartig, gehabt hatte. Der Gewerbegerichtsbesitzer Sels unterstüßte bei diesem Konflikt den Vorsitzenden. Ferner teilte der Obmann mit, daß die Besitzer die von ihm einberufenen informativischen Sitzungen überaus mangelhaft besuchten. In der Aussprache stellten sich alle Redner auf die Seite des Obmanns. Beschlossen wurde, die Besitzer, die ihre Pflicht so wenig erfüllen, ihren Organisationen zu melden, damit ihnen von dort ihr Pflichtgefühl etwas gestärkt wird. Dann wurde noch ein Beschluß herbeigeführt, die Organisationen zu veröffentlichen, welche trotz wiederholter Aufforderung noch keinen Vertreter in die hiesige Kommission delegiert haben. Es sind dies die Organisationen der Bäcker, Friseur, Schneider, Schuhmacher, Steinseher und Tapezierer. Zuschriften sind zu richten an den Schriftführer Willi Lehmann, Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 127.

Petershagen. Gemeindevorsteher-Dringlichkeitskongress. In unverantwortlicher Weise wurde den Vertretern ihre Zeit geraubt. In einer ständischen Angelegenheit glaubte der Vorst.-Stellvertreter Schöffe Fischer die Vertreter heranziehen zu können, um sie als Schuldwahl gegen Anschuldigungen wider sich zu verwenden. Freizeidweise protestierten die Vertreter geschlossen gegen eine derartige Zumutung. Herr F. wurde anbeimgeschickt, ein Disziplinarverfahren gegen sich in die Wege zu leiten. — Für die Einigung bei Streitigkeiten ist unser Ort dem Rhetorikungsamt Kaulsdorf angeschlossen. Jeder Streitfall kostet der Gemeinde 6,70 M. Uebrig sind die Mietverträge sind endgültig. — Reg. Aussprache wurde geführt über die Riefelungen an unserer Grenze. Protest wird eingeleitet. — Einmütig wird beschlossen, den Fraktionen die „Nominale Praxis“ auf Kosten der Gemeinde anzustellen. — Gegen die rücksichtslosen und ungerechtfertigten polizeilichen Hausdurchsuchungen wurde ein Protest einstimmig angenommen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Die Vollmilchmarken für November werden in Groß-Berlin ausgeben und zwar in Berlin für die Kinder im 1. und 2. Lebensjahr am Montag und Dienstag, im 3. und 4. Lebensjahr Mittwoch und Donnerstag, im 5. und 6. Lebensjahr am Freitag und Sonnabend. Jedoch sind den Haushaltungen, denen Karten für verschiedene Altersklassen zustehen, sämtliche Marken an einem Tage auszubändigen. Die Inhaber der Vollmilchmarken haben die Novembermarken bis 12. Oktober dem Kleinbändler vorzuliegen. Rähmittelbezugscheine über je ein Pfund an die am 1. Oktober 1917 und später geborenen Kinder zusammen mit den Marken.

Pantof. An Stelle von inländischem Frischkäse 250 g ausländisches Götterkäse. Verkauf von Honigfisch verboten. Wer das Auslandsfleisch nicht beziehen will, kann als Ersatz Rähmittel in doppelter Menge entnehmen. 250 g ausl. Kartoffelmehl (86).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

25. Okt. Derbsteil Sonnabend 1/8 in den Dubliden, Neue Königstraße 26. Gesang, Rezitationen, Tanz. Billets a 1,50 M. auch an der Abendkasse.

Fraktion der S. P. D.-Arbeiterräte, Gruppe 12.

Für die Arbeiterräte, Betriebsräte, Mitglieder der Angestellten- und Arbeitervereine des gesamten

Betriebsrätegewerbes

von Groß-Berlin findet Freitag, den 26. September, 4 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Treppen, eine Versammlung statt. Tagesordnung: Der Aufbau der Räteorganisation und die bevorstehenden Wahlen. Die Fraktion. J. K.: Franz Böhnel.

Reinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Groß-Berlin. Morgen Sonnabend, 7 Uhr, Schule hinter der Garnisonstraße 2: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Beitragszahlung. 2. Das sozialistische Schulprogramm. Gäste willkommen.

Tempelhof. Große Versammlung der Sektion Post und Telegraphie, Regier. Gebäud., Tempelhofstr. 2, abends 8 Uhr. Thema: „Wir und die Arbeiter- und Betriebsräte.“

Lichtenberg. Heute abend pünktlich 7 Uhr in der Aula, Volkshochschule, Marktstr. 10/11, anherberendliche Funktionärsferenz. Tagesordnung: „Der Aufbau unserer Organisation“. Referent: Genosse Dorlich. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Soziales.

Das Recht der Uebergangszeit.

Einem dringenden Bedürfnis genügt eine Schrift*, die das soziale Recht der Uebergangszeit behandelt.

Die erlassenen Verordnungen und Gesetze betreffend den Beschäftigungszwang zugunsten der Arbeiter, Angestellten und Schwerebeschäftigten, die Erwerbslosenfürsorge, den Mieterschutz, den allgemeinen Schuldnerschutz, den Schutz der Kriegsteilnehmer, das Landarbeiterrecht und die ländliche Siedlungsgesetzgebung, die Verhinderung der Volksseuchen, die Tarifverträge und das Schlichtungswesen sind in übersichtlicher und allgemeiner verständlicher Darstellung gebracht. Es ist ein Vorzug des Werkes, daß es nicht die oft schwer verständlichen Gesetzestexte bringt, sondern dessen wesentlichen Inhalt in einer allgemein verständlichen Sprache, wobei die Darstellung selbst gleich die wünschenswerten Erläuterungen enthält.

Ein besonderes Verzeichnis der für die Entscheidungen zuständigen Behörden und Räteorgane ist angefügt.

Das Völkchen wird von den in der Arbeiterbewegung tätigen Funktionären, wie überhaupt jedem, der die wichtigsten Bestimmungen der Uebergangsgesetzgebung kennen lernen will, ein willkommenes Führer sein.

Das Werk ist auch in der Agitation gut zu gebrauchen, zur Widerlegung des der Regierung so oft gemachten Vorwurfs: es sei nichts getan. Es ist zu hoffen, daß recht bald eine Fortsetzung erscheint, da das Werk mit der Gesetzgebung der Weizsäckerzeit

* „Das Recht der Uebergangszeit.“ Von Dr. Georg Klatow, Referent im Reichsarbeitsministerium. Verlag „Gesellschaft und Erziehung“ G. m. b. H., Berlin. Preis 2,50 M.

Bis zum 18. Juli abschließt. Inzwischen sind neue, wichtige Gesetze veröffentlicht, z. B. die Verordnung des Arbeitsministeriums vom 8. 9. 10., die die beiden Verordnungen über den Einstellungszwang vom 4. und 24. Januar d. J. zusammenfaßt, ergänzt und außer Kraft setzt, ebenso die Kleinpaßlandordnung und das Reichs-siedlungsgesetz.

Berichtszeitung.

Die Kämpfe in Neufölln.

Die Wehrtaufnahme erstreckt sich weiterhin auf eine eingehende Erörterung der Organisation der Soldatenvereine und der Kommandogewalt in den Depots, um festzustellen, inwieweit der Depotführer Angelegter Schulz für die Vorgänge im Depot verantwortlich zu machen sei. Kommandeur Müller ließ sich u. a. dahin aus, daß der Depotführer an sich nicht berechtigt war, zu befolgende Befehle aus sich allein heraus zu erlassen. Der Führer auswärts war das oberste Organ der Vertrauensleute und als solcher war er berechtigt, bei politischen Konstellationen außerordentlich die Mitglieder vor eigenen Gefahren zu warnen und ihnen über Beteiligung oder Nichtbeteiligung an politischen Demonstrationen Anweisungen in Form von gutem Rat zu geben. Niemals war eine solche Anweisung als Dienstbefehl zu verstehen. Der Soldatenrat konnte den Depotführer nicht absetzen. Im allgemeinen bekräftigte die Befehle des Depotführers der Gegenwärtigkeit des Soldatenrats. — Ueber die Entwicklung der Dinge einige Tage vor dem kritischen 6. März erklärte Angelegter Schulz u. a.: Bis zum Abend des 5. März sei es ganz ruhig gewesen, am Vormittag habe sich schon eine große Aufregung bemerkbar gemacht und man habe ihm nicht mehr recht getraut. Es kam ein Kurier, der Hilfe für die Marinebrigade erbat, Angelegter hatte sich zum Soldatenrat begibt und mit einem Brief zurückgekehrt, auf dem gesagt war, daß Hilfe noch läge. Dann habe eine Versammlung auf dem Hofe stattgefunden, ebenso in der Turnhalle, die Mannschaft erklärte nachdrücklich, nach Berlin zu wollen. Er selbst habe dem Rat gut zugeredet, sie seien aber so erregt gewesen, daß sie ihm drohten, ihn an die Wand zu stellen. Am Vormittag sei vom Kommandeur Müller der telephonische Befehl gekommen:

„Richt auf die Straße gehen!“

Außerdem telephonisch die Wachstimmung, daß die gesamten Bahnhofsarbeiten veräußert werden sollten. Schulz will mit den Deuten darüber gesprochen haben, daß die Anweisung gekommen sei, in den Kasernen zu bleiben. Er habe eine dahingehende Ansprache gehalten. Vormittags habe er nach die Herrschaft über die Leute gehabt, später habe er sie verloren. — Kommandeur Müller gab sodann eine außerordentlich eingehende Darstellung über die Vorgänge bei den Kämpfen in das Polizeipräsidium auf dem Alexanderplatz, über die Teilnahme der Volksmarineteilung und die Befehle derselben durch die Regierungstruppen, die auf eine wertvolle Auffassung zurückzuführen sei, sowie über die an die Depots ergangenen Befehle, die dahin ergangen seien, daß kein Mitglied der Soldatenwehr sich an den Ereignissen am Alexanderplatz zu beteiligen habe und die Mannschaften in den Kasernen bleiben müssen. Auf Antrag des Angelegten soll nach der Major v. Giffa vom Reichswirtschaftsministerium vernommen werden, welche Zwecke mit der Durchziehung der Lüttwiltstruppen verfolgt wurden. Die Verhandlung wurde um 3 Uhr abgebrochen und auf Freitag früh vertagt.

Truppenabsperrungen als Arbeitshinderungsgrund. Ist der Arbeitgeber zur Lohnzahlung für einen Zeitraum verpflichtet, während dessen die Arbeiter infolge von Truppenabsperrungen die Arbeitsstelle nicht erreichen können? — Das Gewerbegericht hat diese Frage verneint und zwar aus folgenden Rechtsgründen: Die Kläger, die infolge der von Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Beschäftigungspflicht nicht erfüllen können. Für beide gilt als Hinderungsgrund die militärische Maßnahme, welche die belangte Firma infolge der von der Regierungstruppen vorgenommenen Absperrungen sechs Tage lang nicht zu ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten, haben die vertragliche Arbeitsleistung infolgedessen nicht ausführen können. Andererseits hat auch die belangte Firma die ihr nach dem Arbeitsvertrag zuzehende Besch

Jugendveranstaltungen.

Neufölln. Der Unterhaltungsabend heute Freitag findet nicht im Lokal Bräuer, Judenstr. 45, statt, sondern im Jugendheim, Münchener Straße 52.

Sportnachrichten.

Arbeiter-Radsportklub 'Solidarität'. Ortsgruppe Berlin. Sonntag Berlin-Land: Bernau (Salzmann). Start früh 7 1/2, und mittig 11 1/2 Uhr. Sammelort 8 und 12 Uhr Köpenicker. - Arbeiter-Sportklub Neufölln-Preis. Sonntag, 2 Uhr, auf dem fädt. Sportplatz, Oranienburger. - Sportmeeting. Neben den weltbekanntesten turnerischen Aufstellungen werden auch Leichtathletik, Fußballwettkämpfe sowie Schwereathletik und Schachturnier gezeigt. Eintritt 75 Pf. - Freier Wanderklub. Heute, 7 1/2 Uhr, bei Heise, Bogensitz 19, Mitgliederversammlung. Vortrag über Fontaine. - Berliner Athletikklub. Sonntag, 4 1/2 Uhr, Nationales Stadion auf dem Alkantara-Sportplatz in Reinickendorf, Berliner Straße. Die gesamte Berliner Klasse der Langstreckenläufer ist vertreten. Anschließend Ringkampf: Sportverein Jena (Karl Zell) gegen B. S. Germania 1890. - Goldenes Rad von Berlin. Auf der Olympia-Rennbahn am Sonntag. - Deutsche Leichtathletik-Meisterschaft im Reichspalast, Sonnabend, abends: Richard Kauß, Berlin und Emil Späth, München. Danach Herausforderungskampf: Volander-Rente.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmte Anfrage füge man einen Aufhänger und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Gütige Anfragen tragen man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 2, 1. Postkammer links, vor. Scheitstände und Besetze sind mitzubringen. C. S. 23. Und ist diese Gesellschaft nur durch die Inserate im 'Vorwärts' bekannt geworden; näheres können wir Ihnen nicht mitteilen. - W. S. 12. General-Anfragen und Begründungen für Frauen und Mädchen. Vorherige: Frau D. Koffow, Engelstr. 2 b. - Nathan. Ja. - A. R. H. 1. Ja. 2. In der Regel nicht. Zustimmung des Arbeiters-Ausschusses ist erforderlich. 3. Ja. 4. Lohn kann entsprechend gefügt werden. - G. C. 30. Ja. Informieren Sie am 1. August 1914 in Bromberg gemocht haben. - A. 41. Fragen Sie bei der Waffenstillstandskommission Berlin, Sudapeter Straße 5, an. - G. S. 1290. 1. Sowie ersichtlich,

ja, und zwar sowohl nach altem wie nach neuem Recht. 2. Falls nicht die 30 jährige Verjährungsfrist verstrichen ist, ist der Anspruch noch nicht hinfällig. 8. Nachfrage beim Amtsgericht, in dessen Bezirk die Erblasserin verstorben ist, ob eine Auseinandersetzung hatiganden hat. 4. und 6. Müht sich ohne Kenntnis des Materials nicht beurteilen. 8. 4. Pros. Anzeigen für die letzten 4 Jahre. 7. Ja. - G. S. 35. Dauernde Unfähigkeit oder Geschlechtskrankheit kann ein Grund zur Aufhebung der Ehe sein. Die Aufhebungslage muß innerhalb 6 Monate nach Kenntnis erhoben sein. - G. S. 3. Ja. Sie müssen bezahlen. - G. S. 15. Die Beauftragung des 'Gen-Aus.' ist unzulässig; das Vollstreckungsamt ist die von der Regierung geforderte Stelle. - G. 60. 110 bis 130 Liter pro Stunde; Kosten einschließlich Abnutzung 7 1/2 - 8 Pf. bei 50 Pf. pro Kubikmeter. - Nr. 48. Adr. lins ist ein Schreiben vom 9. d. R. nicht zugegangen. - Wiesbaden 62. Einzelverleumdungsentw. für das besetzte Gebiet in Frankfurt a. M. - P. W. 10. Verband, Berlin SO 16, Engelstr. 14; 'Schumacher-Rachbiatt', B. Post, Gotha. - G. S. 42. 1. Bei dem zuständigen Amtsgericht. 2. Ja. 3. Ja. - G. 7. Fragen Sie bei der Berliner Gemeindefiskalkommission, Engelstr. 15, an. - G. S. 86. 1. Nein, die Lösung kann aber für den Fall der Bedürftigkeit gezahlt werden. 2. An den Truppenteil. - A. W. Wier. 34. Bei der Revolution Entlassene haben nur dann Anspruch, wenn sie kriegsbeschädigt sind. - W. D. 30. Nein, vom 1. Oktober ab jedoch ja. - G. S. 52. 1. Falls Sie gleich in Arbeit getreten sind, sind Sie vom 1. Februar ab steuerpflichtig gewesen. 2. Leberhaupt nicht. - G. 1919. 1. Ja, ab 1. 10. 2. Ordnenstufen. - W. D. Auktant. Sie können, falls zureichende Räumung nicht zu erlangen ist, auf Räumung klagen. Die Abrechnung müssen Sie jedoch noch stellen. - W. 3. 1. Nein. - G. S. 1000. Witwenrente aus Anlaß des Todes erst dann, wenn der Tod mit dem Unfall in Zusammenhang steht. Witwenrente aus der Invalidenversicherung nur dann, wenn die Frau selbst im Sinne des Gesetzes erwerbsfähig ist. Ist die Frau ebenfalls versichert, und zwar sind 200 Beitragswochen gefordert, so kann von der Invalidenversicherung Witwenrente gefordert werden. - G. R. 45. Die Mitteilung der Kasse ist zureichend. Die Mitteilung muß unmittelbar vor dem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung mindestens 6 Wochen abgemeldet haben oder in den vorausgegangenen 12 Monaten mindestens 26 Wochen. - G. R. 85. 1. Nur mit Zustimmung der Schulbehörde. Wird diese verweigert, muß Ihre Tochter noch das weitere Halbjahr die Schule besuchen. 2. Am besten schriftlich an den Schulvorstand. 3. Die Gemeinde hat das Recht, die Erklärung zum Kostendruck und die Bestätigung des Bescheidnamensrechts bei dem dortigen Regierungspräsidenten zu beantragen. In diesem Antrag hatgegeben, so kann die Bescheidnahme der zur Verfügung stehenden Wohnungen und die Umstellung an Wohnungssuchende seitens der Gemeinde erfolgen. - W. D. 100. 1. Ja. 2. Nein. - A. 3. 20. Nach dem Tode müssen die Blätter erst einen Begründungsprozess durchmachen, um taugbar zu werden. Mehr müssen wir auch nicht.

- A. M. 26. Wegen Einstellung wenden Sie sich an eine der Offenbahnverwaltungen: Tempelhofer, Oranienburger (Schlamm), Schleißer Bahnhof (Karlshofendamm). Eisenbahnverband, SO 36, Behrenstr. 10 I. - W. S. 24. Ihre Frage läßt sich schwer beantworten. An diejenige Behörde, bei der Sie den Kenntnissen nach entsprechende Verwendung finden könnten. - A. C. 1. Lily Braun. 2. Heinrich Braun. 3. Biez (N). - W. 24. Infolge Auflösung des Grenzschutzes finden Einstellungen nicht mehr statt. - G. 58. Wenden Sie sich an die Stellungsdeputation des Magistrats, Poststraße. - W. R. 14. Uns nicht bekannt; fragen Sie bei der Stellungsdeputation des Magistrats (Rathaus) an. - W. H. W. Rein. - W. S. 20. Ja. - G. S. 77. 1. Ja. 2. Nein. 3. Art. 177 Reichsverfassung. 4. 3. Klasse. - W. S. 55. Reiter nicht. - A. W. 24. Es kann Bezahlung verlangt werden (2 616 B.G.B.). - 2. S. Klagen Sie beim Gewerbeamt unter Bezugnahme auf die Schriftsätze, die wir in besonderem Ausmaß zurückgeben lassen. - G. H. Wandfeld. 1., 2. und 3. Die Gerichte sind unzuständig. Die Umdeutung ist vorläufig noch nicht anderweit festgestellt, soll aber in den neuen Gemeindeversammlungsgeheimen werden. Entschädigung kann geltend gemacht werden. - A. W. 3. 1. Ja. 2. Nein. 3. 1. und 2. Nein. 3. und 4. Ja. - W. S. 99. 1. Ja. 2. Nein. Ihre Erklärung ist maßgebend. - G. 82. 1. Eine Erklärung ist statthaft. 2. Dafür kann ein angemessener Betrag gefügt werden. Sie rufen am besten die Heilungsbefreiung an. - W. R. 7. Falls Aliments bisher noch nicht gezahlt sind, sind etwa 8000 M. angemessen, sofern das Kind in Berlin oder in einem der Vororte erzogen wird. - W. H. 88. 1. Antrag an das Bezirkskommando. 2. Wenden Sie sich an den Reichskommissar zur Erörterung von Gewaltthatigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen in Feindesland, Berlin, Potsdamer Str. 83. - Moor 1. 1. Platz im Interesse des Richters, vorausgesetzt eine Geldstrafe von etwa 20 M. 2. Ja, falls eine Verurteilung erfolgt. - W. 1. An das für den Wohnort des Verletzten zuständige Bezirkskommando. - G. 30. Nein. - W. S. 11. Die Kündigung bis 12 Uhr ist nicht vorgeschrieben. Wenn Sie aber mit einer demonto örtlichen Tätigkeit betraut sind, so ist die Verelbarung einer 14 tägigen Kündigungsfrist gebührend und Sie würden jedoch rechtliche Ansprüche zum Ansatz beanspruchen können. - S. Neuwies. Das ist allerdings Sache des Arbeitgebers, aber auch Pflicht des Arbeitsberechtigten, das sind Sie. - W. D. 90. 20 Pf. - W. S. 100. Nur dann, wenn im Arbeitsvertrag eine solche Bestimmung für Sie festgelegt ist. - Schönlank Nr. 80. Wenden Sie sich an den Hg. Dr. Salohmann, Berlin, Algeudendamm, Simeis-Allee-Str. 48. Das betreffende Mittel wird bereits in Kranenbäumen veruchweise angewandt. - W. S. 200. Witter mir nicht. - A. 24. Wenden Sie sich an den Verlag G. S. Zaubner, Leipzig. W. D. 5695. 1. ti vor Vokalen wie al, nur nach s und x sowie aus dem Griechischen stammenden Wörtern wie t. 2. o wie z vor e, i, y, so, eu, oo, sonst wie k. 3. schola (nicht skola). 4. so und oo wie k und s. 5. Doch meist nur schriftlich.

Am 24. September entschlief nach schwerem Leiden unsere innigstgeliebte, herzengute Tochter, Schwester und Nichte, meine teure Braut Erna Bergmann im Alter von 25 Jahren. Sie folgte ihrem vor Jahresfrist im Felde gefallenen Bruder Fritz in die Ewigkeit. Dies zeigen im tiefsten Schmerz an Albert Bergmann nebst Frau und Kindern. Paul Becker. Berlin S. 61, Lehliner Str. 2. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 27. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Kreuzkirchhofes Mariendorfer, Eisenacher Straße, aus statt.

Sozialdem. Wahlverein Berlin (S. P. D.). 48. Wst. Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Mitglied Hermann Gottwald am 21. d. 19 an Gehirnschlag plötzlich verstorben ist. Seine feierlichen Beerdigung hat bereits stattgefunden. Der Vorstand.

Sozialdem. Wahlverein Berlin (S. P. D.). Unser Mitglied Friedrich Kaun ist am 20. September 1919 verstorben. Seine feierlichen Beerdigung erfolgt am Freitag, 26. September, mittags 12 Uhr, im Krematorium, Gerickestr. 37/38. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet. Ferner ist unser Mitglied Julius Salbach am Sonntag, den 22. d. 19, verstorben. Seine feierlichen Beerdigung erfolgt am Freitag, den 26. d., nachmittags 3 Uhr, im Krematorium, Gerickestr. 37/38. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Danksagung. Während der Krankheit und beim Tode unserer Elsa schickten mir zahlreiche Beweise inniger Anteilnahme. Sie sprechen durch unsere herzlichsten Dank dafür aus. Familie Herm. Müller, Bin.-Städtg., Sophienstr. 24.

Stoffwaren, Cispelem Privatstunden (signis Weisob). Frau Prof. v. François, Wannierstr. 7. Tel.: 8700 7540. Schriftliche Annahme.

Spezialarzt Dr. med. Koenen. Erprobte und schmerzlose Behandlung in Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. 1. Blutunters. Friedrichstr. 81. Gegenüb. Panoptik Königstr. 56/57. Rathaus. Spr. 10-11 u. 3-5, Sonnt. 10-1. Separates Damenzimmer.

Ankauf wertvoller Antiquitäten ALTKUNST G. m. b. H. Wilhelmstr. 40 A. Zentr. 3455.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß Friedrichstr. 125. Oranienburger Tor. Spr. 11-1, 6-8, Sonnt. 11-1. Erfolgreiche Behandlung Harn- u. Blutuntersuchung. Garde-Uniformform 1. Bone Dufarenthel, Gt. 41, nie neu, preiswert zu verkaufen. A. Marnitz, Bernburg a. S. Gerickestr. 43.

Alte Weinstuben J. F. Rauch Friedrichstraße 11, Brunnenstr. 174, Gr. Frankfurter Str. 112 neben Jandorf.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß Friedrichstr. 125. Oranienburger Tor. Spr. 11-1, 6-8, Sonnt. 11-1. Erfolgreiche Behandlung Harn- u. Blutuntersuchung. Garde-Uniformform 1. Bone Dufarenthel, Gt. 41, nie neu, preiswert zu verkaufen. A. Marnitz, Bernburg a. S. Gerickestr. 43.

Zucker-Sekt. Vorrätige Rotweine. Süßer Maltrank, Fl. 4, 5 Mk. Süßer Obstsaft u. Wein. Acht 'Schwarzer' Steinbäcker. Vertrauensvolle Kuchenteile in vornehm. Hallen. Geföhrens Gebäck. Witwe Glöbe, Berlin, Rastlin. Zwickauer & Co. Köpenickerstr.

Deffentl. Volksversammlung am Sonntag, 28. Sept., abds. 6 Uhr, im Festsaal des Berl. Stadthauses, Klosterstraße, E. Stral. Str. Thema: 'Volksmündigkeit und Kinder-erziehung durch Kirche und Schule.' Referent: Adolf Hoffmann. 53/54. Eintrittspreis 20 Pf. Freikirchliche Gemeinde. S. K. A. Harndt.

Deutscher Wertmeister-Verband. Bezirksverein Berlin 8. Nächste Versammlung: Sonnabend, den 27. September 1919, abends 7 Uhr, in Comberis, Festsaal, Schöndorfer Allee 120. Tagesordnung: Wahl eines Bezirksvertreters und von Abgeordneten und deren Stellvertreter. Umst eines jeden Kollegen ist es, zu dieser Versammlung zu erscheinen. - Die Oktober-Versammlung (8/11) aus. 219/71. Der Vorstand.

Städtisches Beerdigungswesen Berlin-Steglitz. Die Städtischen Einwohnerversammlungen sind hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß die Inbetriebnahme des städtischen Beerdigungswesens am 1. Oktober 1919 erfolgt. Ein Antrag auf die Inbetriebnahme dieser städtischen Einrichtung besteht nicht, jedoch muß jede Bestattung dem Bureau für das städtische Beerdigungswesen gemeldet werden, das in allen Fällen die Zuweisung der Beerdigungsorte und des Beerdigungswertes beaufichtigt. Die gesamten Kosten für Bestattungen in städtischer Form (u. a. Ausrüstung der Beerdigung, Hermentumplel) betragen bei Inbetriebnahme des städtischen Beerdigungswesens: 1. Beerdigung Erwachsener: 300 M. 2. Beerdigung von Kindern bis zu 3 Jahren: 1. Größe: 25 M. 2. 40 3. 50 4. 110 3. Beerdigung von Kindern von 3 bis 12 Jahren: 1. Größe: 180 M. 2. 195 Das Bureau des städtischen Beerdigungswesens befindet sich: Köpenickerstr. 14. Die Benutzung der Einrichtung in vorerwähnten Feuerfällen wird der Einwohnerversammlung bestens empfohlen!

Foto-Material aus den Beständen der ehemaligen Bildzeugmeistererei, solange der Vorrat reicht, zu enorm billigen Preisen. Agfa, Hauff, Perutz, Sigord etc. Platten - Minosca, Ridax, Satrap etc. Papier - Formate 9x12, 10x15, 13x18 in tadelloser Beschaffenheit noch in großen Mengen am Lager. Ladenverkauf und Versand. C. A. Büttner, Kanonenstr. 6 (Ecke der Taubenstraße) am Untergrundbahnhof 'Kaiserhof'.

Perser-Teppiche u. Brücken kaufe ich zu nie gezahlten Preisen Berlin W 8 Orient-Teppichhaus, Taubenstr. 10. Telefon: Zentrum 7791.

Spezialarzt Dr. med. Coleman Sprechstunden 9-1, 3-5, Sonntags 9-1. Friedrichstraße 91/92. Umst. eines jeden Kollegen ist es, zu dieser Versammlung zu erscheinen. - Die Oktober-Versammlung (8/11) aus. 219/71. Der Vorstand.

Max Ziegenhals Rauch-, Kau- und Schnupftabake Zigarren, Zigaretten en gros. wohnt jetzt: Berlin C., Poststraße 12. Fernsprecher: Zentrum 8790 und 2977.

An- u. Verkauf von Motoren jeder Stromstärke und jeder Art, sowie Um- u. Neuwickelungen Wilhelm Naumann, G. m. b. H., Berlin S. 14, Dresdener Str. 43. Tel.: Litzenkabel. Tel.: Moritzpl. 1353/54.

Sämtliche gebrochene Gubeifentelle werden in meiner Spezial-Reparaturwerkstatt unter Garantie der Haltbarkeit promptest gefügt. Spezialmittel für alle Reife und Weidlingsarten in anerkannt vorzüglicher Qualität. Martin Meyer, Fabrik chemischer Produkte, Prenzlauer Allee 106. Telefon: Rinaldahl 10-2. Spezialarzt Dr. Hasché Sprechstunden 10-1, 5-8, Sonnt. 10-1. an Bahnhof Friedrichstraße. - Teilzahlung - gelistet.

Spezial-Behandlung Kuhn Praxis seit 1901. Vondressstr. 75, 1 Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Bf. Sprechz. 10-12, 5-7, Sonnt. geschloßen. Harn- und Blutuntersuchungen. Spezial-Behandlung Harn- u. Blutuntersuchung, Licht- u. Finsen-Behandlung, Bestrahlung, Höhensonne, Vierzellen-, Elektr., u. med. Güder. Aeratische Löser, Münzstr. 9. 9-1, 4-8, Sonnt. 9-1. Deutsche Grundcredit-Bank Gotha.

Stahldrahtmatratzen für jede Bettstelle nach Maß, an jedermann. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl I. Th. Reichels Sommerprossen. Creme Isoli, absolut fester wirtens 30 Jahre bewährtes garantiert unerschütterliches Spezialmittel. Dose 5 M. Otto Reichel, Berlin 43 SO, Glienbahnstr. 4. Gotha, 26. September 1919. Deutsche Grundcredit-Bank.

Elektromotore Gleichstrom :: Drehstrom kauft Ingenieurbureau Schlichting Berlin W 9, Linkstr. 10. Tel. Lützow 3705 und 8518. Isolierten Kupferdraht, Litzten und Wachsdraht, kauft höchstbillig Ingenieurbureau Schlichting Berlin W 9, Linkstr. 10. Tel. Lützow 3705 und 8518.

!!! Geld !!! für jede Menge. Beste Kaufpreise für Pfandbriefe, Wechseln, Geldgegenstände, Teppiche, Bilder, etc. Wolf, Friedrichstr. 41 III, Gt. Köpenickerstr. Naturstahl, 25-40 mm im Quadrat, perforiert abzugeben. Andreas Pium, Berlin SO18, Köpenicker Straße 92. Fernspr.: Moritzpl. 10820.

Spezialarzt Dr. med. Coleman Sprechstunden 9-1, 3-5, Sonntags 9-1. Friedrichstraße 91/92. Umst. eines jeden Kollegen ist es, zu dieser Versammlung zu erscheinen. - Die Oktober-Versammlung (8/11) aus. 219/71. Der Vorstand.

Wer jetzt kauft, kauft billig! Jeder Art Skunka, Marder, Alaska, Blau- u. Kreuzhaie, Herrenpelze, Damen-Pelzmäntel, Eigen, Fabrikat, daher billig. - Reparaturen nach neuesten Modellen. Kürschnerstr., Kottb. Damm 15. Pocster. Bitte Hausnummer beachten! Platina Gramm bis 46 Mark Gold, Silber, alte Gebisse bis 750 Mark, Platinaschmelze von 2,50 bis 38 Mark. kauft Frau Kauff, Zionskirchstr. 54, vorn II (Ecke Anklamer Straße, nahe Brunnenstraße).

Gelernte, zuverlässige Schiffszimmerleute und Bootsbauer für Fischereifahrzeuge und Luftsbootbau zum sofortigen Antritt gesucht. Dauerstellung. Einstellung zum Grund der Sachleistungen zu günstigen Bedingungen. Unternehmungskosten nicht gefordert. Meldungen an: Dommer-Werft G. m. b. H., Berlin Köpenickerstr. 12.

Tüchtige Ziseleure für Figuren und Modelle stellt sofort ein Max Bernhardt & Co., G. m. b. H., Broncekunst-Werkstätten, NO 55, Prenzlauer Allee 36.

Harm oniumstimmer selbständig im Biegen und Intonieren sofort nach Dänemark gesucht. Dauernde Stellung. Sprachkenntnis nicht notwendig. Offerte unter Nr. F. 36 an die Hauptexped. des Blattes. 817D.

Gewandte Stenotypistinnen sowie in Registraturarbeiten fähige Damen von guter Allgemeinbildung, die auf dauernde Posten reflektieren, werden zum umgehenden Antritt gesucht. Offerten mit Bild, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin V 59, Rankestraße 34.

Rupfer Schmiede erhalten sofort Arbeit. Skoghs Verkstädter, Örebro, Schweden. Bildhauer in u. auf dem Baue verlangt Günther & Co., SW 61, Grottestr. 15. 8008D.

Berkaufserin für Bouteille per sofort oder 1. Oktober gesucht. Jonass & Co., Behl-Klamer-Str. 7-10. Mustermacherinnen für Blusen im Baue sucht Textil-Fabrikation, Gerickestr. 1-2.

Lehrmädchen für Kontor u. Lager per 1. Oktober gesucht. Stellung mit Schulbesuch. 54/20. Presser für Metallplatten haben sofort Beschäftigung. 1002D. Welfenstr., Langhansstr. 138.

Stenotypistin per sofort oder 1. Oktober gesucht. Off. Angebote mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften unter N. 36 an die Hauptexpedition des 'Vorwärts'. 8001D.

Jonass & Co., Behl-Klamer-Str. 7-10. Affordabelstimmerinnen im Hause auf Blusen und Kleider bei hohen Lohn suchen Bon & Müller, Gerickestr. 15/17. 10017D.

Professionelle Wasserinnen, Ebcininnen auf Bouteillen sucht Anton Schaeffels, Rangober Str. 40. 8012D. Ausbesserinnen und Ankleiderinnen 1. Gardinen stellt G. S. ein Hermann We, Gerickestr. 138.

Tüchtige Aenderinnen für Kleider und Blusen per sofort gesucht. 8013D. Peifer, Tauentzienstr. 20. 50 geübte Lötnerinnen für Stifting und Offen stellen ein Schlawe & Grün, Metallwarenfabrik, Gerickestr. 10. 8009D.

„Vorwärts“ stellt ein die Hauptexpedition, Lindenstraße 3. Austrägerinnen für den „Vorwärts“ werden eingestellt in folgenden Filialen: Berlin: Ackerstr. 174, am Koppenplatz. - Prinzenstr. 31, Hof part. - Stolpmann. Meile, Petersburger Platz 4. - Hol. - Markusstr. 36. - Dölz, Immanuelkirchstr. 24. Meile, Petersburger Platz 4. - Zinke, Lindenstr. 3, Laden. - Joseph, Wilhelmshavener Straße 48. - Luisitzer Platz 14/15. Schöneberg: Betziger Straße 71. Steglitz: Ziegenbocker, Schlöbhornstr. 11. Weißensee: R. Meyer, Berliner Allee 104.

Opernhaus.
Der Troubadour.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Nathan der Weise.
Anfang 7 Uhr.

Deutsches Theater.
Faust. I.
Sonnabnd. 7 U.; Und das Licht
scheinet in der Finsternis.
Kammerspiele.

Nju.
Sbd. 7: Die Büchse d. Pandora

Königgrätzerstraße
7 Uhr: Kabale und Liebe.
Sonnabnd: Kammeraden.
Sonntag 3: Musik.
7 Uhr: Kabale und Liebe.

Komödienhaus
1/2, 5: Liselott von der Pfalz.
Sonntag 3: Fünf Frankfurter.

Berliner Theater
1/2, 5: Die Dame im Frack.
Sonntag 3: Die tolle Komödie.

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Schönste von Allen.
Deutsches Opernhaus

6 Uhr: Die Walküre.
Eden-Theater
Alte Jakobstr. 30

7 Uhr: Zum 1. Male!
"U. A. W. G."
Friedr.-Wilhelmstr. Th.

7 1/2 Uhr: Gretchen.
Kleines Theater.

8 Uhr: Summa Summarum.
Kl. Schauspielhaus.

7 1/2 Uhr: Krach.
Komische Oper

7 1/2 U.: Liebeszauber.
Stg. 3/4: Schwarzwaldmädel.
Lustspielhaus

7 1/2 Uhr: So ein Mädel.
Metropol-Theater.

7 Uhr 20: Die Faschingsfee.
Neues Operettenhaus.

7 1/2 U.: Die Dame vom Zirkus.
Schiller-Theat. Charl.

7 1/2 U.: Flachsmann als Erzieher
Thalia-Theater

7 1/2 U.: Jungfer Sonnenschein
Th. am Nollendorfplatz

7 1/2 Uhr: Die Puppe.
Theater des Westens

7 1/2 U.: Die Frau im Hermelin
Stg. 3/4 U.: Die lustige Witwe.
Theater "Die Tribüne"

Charlottenh., Berlinerstr. 37/38
7 1/2 Uhr: "Die Wandlung."
Theater d. Friedrichstadt

7 1/2 U.: Vier Einakter.
Wallner-Theater

7:15 Uhr: Eine Ballnacht.
Stg. 3:15 Uhr: Geisha.

Residenz-Theater.
Untergrundh. Klosterstraße,
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Täglich Heute zum 245. Male

Das höhere Leben.
Komödie von Sudermann.
Hans Arnstadt, Olga Limburg,
Rosa Valetti, Emil Mancelo,
Paul Bildt, Jul. Falkenstein,
Georg Schnell, Helga Molander
Sonnab. nachm. 4, kleine Pr.:
Hänsel und Gretel.
Sonntag nachm. 4, kleine Pr.:
Gespenster.

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße,
Untergrundbahn Friedrichstr.
Täglich Heute zum 370. Male

Der gute Ruf
Komödie von Sudermann.
Sonnabend nachm. 4, kleine Pr.:
Aschenbrödel.
Sonntag nachm. 4, kleine Pr.:
Johanniseuer.

Voranzeige!
Mittwoch, den 1. Oktober:
Maskerade.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Kleine Sklavin.

Luisen-Theater.
7 1/2: Strandgut.
Sonnabnd
Sonntg. 3: Ich lasse dich nicht.
Sonntag abnd

7 1/2: Charlott. Kilinger
Casino-Theater
Lothringerstraße. Tägl. 7 1/2, 8 U.:
Großstadt-Pflanzen
Volksstück in 3 Akten.
Vorher: Schwarzwaldbibbe.
Operettenakt m. Viktor Litzke.
Dazu erstklass. Spezialitäten.
Sonntag 1/4: Mädchenreue.

METROPOL
KABARETT
Gendarmenstr. 53

Max Marzell
Paul Steinitz
Walter Steiner
Fritz Berger
Carl Adler
Helga v. Postema
Jersey u. Juliette
Ethel Gard.
Künstl. Leitung:
Fiatow
Amplid. Henschel
Kapelle: Mandl Neumann.

BRAUNES DIELE
ALEXANDERSTRASSE

Max Marzell
Reina v. Postema
Paul Coradinal
Hannel Tischler
Fritz Berger
Karl Stöhr
Am Flügel: Sagawa
Ginstl. Leitg.: Helmut
Kapelle: Ebener

Volksbühne Theater
a. Blünowstr.
7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell

Lesing-Theater
Direktion: Victor Barnowsky.
7 Uhr: Zum 1. Male:
Christa die Tante.
Sonnab. 7 1/2: Christa die Tante
Sonnt. 7 1/2: Christa die Tante.

Deutsches Künstler-Theater.
Freitag bis inkl. Sonntag 7 1/2:
Das Schloß am Wannsee.

APOLLO THEATER
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein

7 1/2 Sonnt. 3/4 u. 7 1/4
Riesen-Varieté-Programm mit
Weltmeister Rahn
als Jiu-Jitsu-Meister.

4 Urbanis
d. best. Akrobat. d. Welt
u. a. m.

Voranzeige ab 10.
Die große
Varieté-Schau

Die Welt im Jahre 2000!
Mit: Senta Söncand
Lucie Blattner
Lambertz-Paulsen
Willy Weiss
Alex Stamer
Eras Glitzke
u. Varieté-Attraktion.
u. a. Modenschau
im Jahre 2000!
Vorverkauf eröffnet!
Sonnt. 3/4. Erwachs.
1 Kind frei!

Theater am Kottbusar Tor
Tel.: Moritzpl. 14814.
7 1/2 Uhr und Sonntag
nachm. 3 Uhr:

Elite-Sänger
Seidel, Russell,
Schubert, Horst,
O. Schrader etc.
Neues Programm!

Großer Lacherfolg!
Sonnt. nachm. ermäß. Preise.
1 Kind frei!
Blüthgen-Konzert Beg. 7 U.

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Reichshall.-Theater
7 1/2 Uhr und Sonntag
nachm. 3 Uhr:
Stettin. Sänger
nachm. halbe Pr.
Weichbollen-S.;
Dönhof-Brett.

Admirals-Palast.
Internat. Boxwettkämpfe
in allen Gewichtsklassen
um die
Meisterschaften
von Deutschland.
Anfang 8 Uhr.

Admirals-Kino
Die Rache des Tilanen
mit Fern Andra.

KÖNIGIN
Kaufhausstand 235

Wohn-Restaurant
I. Ranges
Fünf-Uhr-Tea
Täglich nachm. u. abends:
Tanz-Vorführungen.

BRAUNES DIELE
ALEXANDERSTRASSE

Max Marzell
Reina v. Postema
Paul Coradinal
Hannel Tischler
Fritz Berger
Karl Stöhr
Am Flügel: Sagawa
Ginstl. Leitg.: Helmut
Kapelle: Ebener

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Das Gesetz.

Circus Busch
Freitag, 26. Sept., ab. 7 1/2 U.
zum 3. Male
die m. ungh. Beifall auf.
Tragikom. Pantomime
„Aphrodite“
in 3 Akt. v. Paula Busch
inszen. von Hofballlettm.
Georges Blanvalet. I. d.
Hauptrollen: persönlich.
Ausstreuen der Verfasserin
Paula Busch und
Georg. Blanvalet

u. a. Tänzer u. a.
1. Tanz der Panathenen
2. Fox-Trott.
3. Feuer-Tanz.
Vorher d. gr. Circus-Prögr.

Central-Park
am Bhl. Friedrichstr.
Schleifenbahn
Figur-8-Bahn
Berg- und Talbahn
Taifun-Rad
! Hippodrom-Noblesse!
Werktags ab 3, Sonnt. 4 U.

UFA KAMMER-SPIELPLAN
Das Werk
seines Lebens
Schauspiel mit
Albert
Bassermann
Else Bassermann
Gertrud Welcker
Wochentags 7 1/2, 7 3/4 Uhr
Sonntags... 4, 6, 8 Uhr

Eröffnung
des
Eden-
Theaters
1. Oktober 1919
7 Uhr:
„U. A. W. G.“

**Der Tempel-
räuber**
Sensations-Schauspiel
mit Leo Holl
Harry Liedtke
Bruno Dosoari
Regie:
Helma Carl Halland
Wochentags 7 1/2, 7 3/4 Uhr
Sonntags... 4, 6, 8 Uhr

Nordhäuser
Kautabak i. Roll. u. Stang.
Zigarren
in allen Preislagen von
600 an.
Zigaretten
türk., engl., amerik. Marken
In Schweizer-Stempeln
laufend jed. Quantum an
Restaurant, Kantinen etc.
preiswert abzugeben. In den
Zigarren-Geschäften
Friedrichstr. 243 (Holl. Tor)
Alexanderstr. 9 (N. Pol.-Pr.)

Film-Palast
Kammer-Säle
Belle-Alliancestraße 5
Ecke Teltower Straße
Ur-
aufführung: **Verschleppt**
Sensationelles Kriminaldrama
In den
Hauptrollen:
Hans Mierendorff
Grete Weixler
Was den Männern gefällt
Lustspiel in 4 Akten.
Wochentags 5 Uhr □ Sonntags 4 Uhr
Eigene Lichtanlage

Opern-Perle
2 Uraufführungen
Nach dem Gesetz
Roman von Strandberg.
Asta Nielsen
Schwarze Diamanten,
ein spannendes Bergwerk-Drama.
— Vorverkauf von 10-3 Uhr. —

Platina Gramm bis 46 Mark
Alte Gebisse bis 750 Mark
Gold-, Silber-Zähne mit Platinstiften bis 35 Mark
kauft Frau Linke, Blücherstraße 40, Portal I, vorn ill.

Aluminium
Wodgofschier
in noch nie
dagegen
Qualität, weil aus
Neuematerial, der
Stolz jeder Haushal-
tungen, wir zu
billigsten Preisen zur
Anschaffung mit
Rücksendungsrecht
bei Nichtgefallen
auf Wunsch gegen
Monatsraten
Verlangen Sie sofort
ihre Probe über
Aluminium-Geschir-
re umsonst von der
Miro Berlin S. 42
Postf. 1108
oder besuchen Sie uns
Alexanderstr. 67

**Möbel-
Gelegenheitskäufe**
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrnzimmer
Polstermöbel
kompl. Küchen
Einzelne Möbel
Gr. Auswahl, bill. Preise
Auf Wunsch a. Teilzahlg.
Liefere auch nach ausw.
Gekaufte Möbel können
kostenlos lagern.
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 53
5 Min. v. Alexanderpl. *
Filiale: Badstr. 47/48.

Pumpen
für jeden Zweck und
Größe, kleinsten Hand-
pumpen zum Selbst-
aufstellen nach kosten-
losen Anleitung.
Fachmann. Rat.
Altes Spezialhaus
Viele Anerkennungen.
Carl Köchlin & Co.
Berlin SW 68,
Alte Jakobstr. 29/2*

Chelente
erhalten totes Metall über
ausreichend gründlichen
Behandlung.
B. Röder, Reichardtstr. 15,
Preis Weissenfels & G.

Zentralverein der Bildhauer
Aus Anlaß des Uebertritts zum Deutschen Holzarbeiterverband findet ein
Abschiedsfest
der Verwaltungsstelle Berlin
am Sonnabend, den 27. September 1919,
im „Deutschen Hof“, Luckauer Str. 15, statt.
Eintritt 2 M. Beginn 7 Uhr.
Karten sind im Bureau, Engelufer 15, Zimmer 3, und in den Zahlstellen zu haben.
Der Vorstand.

Neue Philharmonie
Köpenicker Straße 96-97. Untergundbahnhof Janselbrücke.
Die Dame im Pelz
und
Das Gesändnis eines Fehltritts

BTD
Potsdamer Str. 35
Turmstr. 12
Uraufführung!
Eines Mannes Wort
Schauspiel mit
**Bruno
Kastner**
Potsdamer Str. 35
heute persönlich!
Außerdem:
Fritz Massary
in
Die Rose von Stambul
mit Gesangsbeilage.
Friedenau, Rheinstr. 14
in: Schwarze
Perlen.
Eva May

UT
Kurfürstendamm
Die 7. Grossmacht
Modernes Filmdrama
Hauptdarsteller:
Herda Hedén
Halt Salfner
Josef Römer
Regie: Willy Grunwald
Nollendorfplatz
Das Werk seines Lebens
Schauspiel mit
Albert Bassermann
Else Bassermann
Gertrud Welcker
Friedrichstraße
Kitsch
Die Tragödie einer
Intrigantin
mit
Johannes Riemann
Edith Posca
Regie: Lupu Pick
Wochentags 7 1/2, 7 3/4 Uhr
Sonntags... 4, 6, 8 Uhr

Die lebende Tote
Schauspiel von
R. Wiene mit
Kenny Porten
Regie: R. Diebrach
Mödel, Hauptrolle: Paul Bildt
Hanselbude
Ellen Richter
im Schauspiel
**Das Teehaus zu den
zehn Lotusblumen**
Regie: Georg Jacoby
Die früh um fünf
Lustspiel mit
Mella Petri / Leo Paokert
Herbert Paulmüller
Otto Troplow
Wochentags 7 1/2, 7 3/4 Uhr
Sonntags... 4, 6, 8 Uhr

UFA PALAST
AM
ZOO
FERNSPRECHER: HOLLENDORF 62 und 1392
POLA NEGRI,
ELSE BERNA, EMIL JANNINGS,
HARRY LIEDTKE, ED. V. WINTERSTEIN,
REINH. SCHÜTZEL, MAGNUS STIFTER,
PAUL BIENSFELD, ALEXAND. ECKERT,
GUSTAV CZIMEG, FRED JIMMLER,
WILLY KAISER.
IN DEM GROSSEN UNION-FILM DER UFA
**MADAME
DUBARRY**
VON FRED ORBING u. HANNIS KRÄLY
REGIE: ERNST LUBITSCH
KUNSTLERISCHE AUSSTATTUNG: KURT RICHTER
WOCHENT. 7 1/2 u. 7 3/4 - SONNT. 4 u. 6 u. 8 UHR
VORVERKAUF: TAGL. 11-1 UHR
OHNE AUFZUGLAG.
FREIKARTEN WERDEN NICHT AUSGEGEBEN!

**Der Tod
und die
Liebe**
6 Akte
mit
Paul Otto

Film-Palast
Kammer-Säle
Belle-Alliancestraße 5
Ecke Teltower Straße
Ur-
aufführung: **Verschleppt**
Sensationelles Kriminaldrama
In den
Hauptrollen:
Hans Mierendorff
Grete Weixler
Was den Männern gefällt
Lustspiel in 4 Akten.
Wochentags 5 Uhr □ Sonntags 4 Uhr
Eigene Lichtanlage

Aluminium
Wodgofschier
in noch nie
dagegen
Qualität, weil aus
Neuematerial, der
Stolz jeder Haushal-
tungen, wir zu
billigsten Preisen zur
Anschaffung mit
Rücksendungsrecht
bei Nichtgefallen
auf Wunsch gegen
Monatsraten
Verlangen Sie sofort
ihre Probe über
Aluminium-Geschir-
re umsonst von der
Miro Berlin S. 42
Postf. 1108
oder besuchen Sie uns
Alexanderstr. 67

**Möbel-
Gelegenheitskäufe**
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrnzimmer
Polstermöbel
kompl. Küchen
Einzelne Möbel
Gr. Auswahl, bill. Preise
Auf Wunsch a. Teilzahlg.
Liefere auch nach ausw.
Gekaufte Möbel können
kostenlos lagern.
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 53
5 Min. v. Alexanderpl. *
Filiale: Badstr. 47/48.

Pumpen
für jeden Zweck und
Größe, kleinsten Hand-
pumpen zum Selbst-
aufstellen nach kosten-
losen Anleitung.
Fachmann. Rat.
Altes Spezialhaus
Viele Anerkennungen.
Carl Köchlin & Co.
Berlin SW 68,
Alte Jakobstr. 29/2*

Chelente
erhalten totes Metall über
ausreichend gründlichen
Behandlung.
B. Röder, Reichardtstr. 15,
Preis Weissenfels & G.

UFA PALAST
AM
ZOO
FERNSPRECHER: HOLLENDORF 62 und 1392
POLA NEGRI,
ELSE BERNA, EMIL JANNINGS,
HARRY LIEDTKE, ED. V. WINTERSTEIN,
REINH. SCHÜTZEL, MAGNUS STIFTER,
PAUL BIENSFELD, ALEXAND. ECKERT,
GUSTAV CZIMEG, FRED JIMMLER,
WILLY KAISER.
IN DEM GROSSEN UNION-FILM DER UFA
**MADAME
DUBARRY**
VON FRED ORBING u. HANNIS KRÄLY
REGIE: ERNST LUBITSCH
KUNSTLERISCHE AUSSTATTUNG: KURT RICHTER
WOCHENT. 7 1/2 u. 7 3/4 - SONNT. 4 u. 6 u. 8 UHR
VORVERKAUF: TAGL. 11-1 UHR
OHNE AUFZUGLAG.
FREIKARTEN WERDEN NICHT AUSGEGEBEN!

**Der Tod
und die
Liebe**
6 Akte
mit
Paul Otto

Film-Palast
Kammer-Säle
Belle-Alliancestraße 5
Ecke Teltower Straße
Ur-
aufführung: **Verschleppt**
Sensationelles Kriminaldrama
In den
Hauptrollen:
Hans Mierendorff
Grete Weixler
Was den Männern gefällt
Lustspiel in 4 Akten.
Wochentags 5 Uhr □ Sonntags 4 Uhr
Eigene Lichtanlage

Aluminium
Wodgofschier
in noch nie
dagegen
Qualität, weil aus
Neuematerial, der
Stolz jeder Haushal-
tungen, wir zu
billigsten Preisen zur
Anschaffung mit
Rücksendungsrecht
bei Nichtgefallen
auf Wunsch gegen
Monatsraten
Verlangen Sie sofort
ihre Probe über
Aluminium-Geschir-
re umsonst von der
Miro Berlin S. 42
Postf. 1108
oder besuchen Sie uns
Alexanderstr. 67

**Möbel-
Gelegenheitskäufe**
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrnzimmer
Polstermöbel
kompl. Küchen
Einzelne Möbel
Gr. Auswahl, bill. Preise
Auf Wunsch a. Teilzahlg.
Liefere auch nach ausw.
Gekaufte Möbel können
kostenlos lagern.
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 53
5 Min. v. Alexanderpl. *
Filiale: Badstr. 47/48.

Pumpen
für jeden Zweck und
Größe, kleinsten Hand-
pumpen zum Selbst-
aufstellen nach kosten-
losen Anleitung.
Fachmann. Rat.
Altes Spezialhaus
Viele Anerkennungen.
Carl Köchlin & Co.
Berlin SW 68,
Alte Jakobstr. 29/2*

Chelente
erhalten totes Metall über
ausreichend gründlichen
Behandlung.
B. Röder, Reichardtstr. 15,
Preis Weissenfels & G.

UFA PALAST
AM
ZOO
FERNSPRECHER: HOLLENDORF 62 und 1392
POLA NEGRI,
ELSE BERNA, EMIL JANNINGS,
HARRY LIEDTKE, ED. V. WINTERSTEIN,
REINH. SCHÜTZEL, MAGNUS STIFTER,
PAUL BIENSFELD, ALEXAND. ECKERT,
GUSTAV CZIMEG, FRED JIMMLER,
WILLY KAISER.
IN DEM GROSSEN UNION-FILM DER UFA
**MADAME
DUBARRY**
VON FRED ORBING u. HANNIS KRÄLY
REGIE: ERNST LUBITSCH
KUNSTLERISCHE AUSSTATTUNG: KURT RICHTER
WOCHENT. 7 1/2 u. 7 3/4 - SONNT. 4 u. 6 u. 8 UHR
VORVERKAUF: TAGL. 11-1 UHR
OHNE AUFZUGLAG.
FREIKARTEN WERDEN NICHT AUSGEGEBEN!

**Der Tod
und die
Liebe**
6 Akte
mit
Paul Otto

Film-Palast
Kammer-Säle
Belle-Alliancestraße 5
Ecke Teltower Straße
Ur-
aufführung: **Verschleppt**
Sensationelles Kriminaldrama
In den
Hauptrollen:
Hans Mierendorff
Grete Weixler
Was den Männern gefällt
Lustspiel in 4 Akten.
Wochentags 5 Uhr □ Sonntags 4 Uhr
Eigene Lichtanlage

Aluminium
Wodgofschier
in noch nie
dagegen
Qualität, weil aus
Neuematerial, der
Stolz jeder Haushal-
tungen, wir zu
billigsten Preisen zur
Anschaffung mit
Rücksendungsrecht
bei Nichtgefallen
auf Wunsch gegen
Monatsraten
Verlangen Sie sofort
ihre Probe über
Aluminium-Geschir-
re umsonst von der
Miro Berlin S. 42
Postf. 1108
oder besuchen Sie uns
Alexanderstr. 67

**Möbel-
Gelegenheitskäufe**
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrnzimmer
Polstermöbel
kompl. Küchen
Einzelne Möbel
Gr. Auswahl, bill. Preise
Auf Wunsch a. Teilzahlg.
Liefere auch nach ausw.
Gekaufte Möbel können
kostenlos lagern.
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 53
5 Min. v. Alexanderpl. *
Filiale: Badstr. 47/48.

Pumpen
für jeden Zweck und
Größe, kleinsten Hand-
pumpen zum Selbst-
aufstellen nach kosten-
losen Anleitung.
Fachmann. Rat.
Altes Spezialhaus
Viele Anerkennungen.
Carl Köchlin & Co.
Berlin SW 68,
Alte Jakobstr. 29/2*

Chelente
erhalten totes Metall über
ausreichend gründlichen
Behandlung.
B. Röder, Reichardtstr. 15,
Preis Weissenfels & G.

UFA PALAST
AM
ZOO
FERNSPRECHER: HOLLENDORF 62 und 1392
POLA NEGRI,
ELSE BERNA, EMIL JANNINGS,
HARRY LIEDTKE, ED. V. WINTERSTEIN,
REINH. SCHÜTZEL, MAGNUS STIFTER,
PAUL BIENSFELD, ALEXAND. ECKERT,
GUSTAV CZIMEG, FRED JIMMLER,
WILLY KAISER.
IN DEM GROSSEN UNION-FILM DER UFA
**MADAME
DUBARRY**
VON FRED ORBING u. HANNIS KRÄLY
REGIE: ERNST LUBITSCH
KUNSTLERISCHE AUSSTATTUNG: KURT RICHTER
WOCHENT. 7 1/2 u. 7 3/4 - SONNT. 4 u. 6 u. 8 UHR
VORVERKAUF: TAGL. 11-1 UHR
OHNE AUFZUGLAG.
FREIKARTEN WERDEN NICHT AUSGEGEBEN!

**Der Tod
und die
Liebe**
6 Akte
mit
Paul Otto

Film-Palast
Kammer-Säle
Belle-Alliancestraße 5
Ecke Teltower Straße
Ur-
aufführung: **Verschleppt**
Sensationelles Kriminaldrama
In den
Hauptrollen:
Hans Mierendorff
Grete Weixler
Was den Männern gefällt
Lustspiel in 4 Akten.
Wochentags 5 Uhr □ Sonntags 4 Uhr
Eigene Lichtanlage

Aluminium
Wodgofschier
in noch nie
dagegen
Qualität, weil aus
Neuematerial, der
Stolz jeder Haushal-
tungen, wir zu
billigsten Preisen zur
Anschaffung mit
Rücksendungsrecht
bei Nichtgefallen
auf Wunsch gegen
Monatsraten
Verlangen Sie sofort
ihre Probe über
Aluminium-Geschir-
re umsonst von der
Miro Berlin S. 42
Postf. 1108
oder besuchen Sie uns
Alexanderstr. 67

**Möbel-
Gelegenheitskäufe**
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrnzimmer
Polstermöbel
kompl. Küchen
Einzelne Möbel
Gr. Auswahl, bill. Preise
Auf Wunsch a. Teilzahlg.
Liefere auch nach ausw.
Gekaufte Möbel können
kostenlos lagern.
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 53
5 Min. v. Alexanderpl. *
Filiale: Badstr. 47/48.

Pumpen
für jeden Zweck und
Größe, kleinsten Hand-
pumpen zum Selbst-
aufstellen nach kosten-
losen Anleitung.
Fachmann. Rat.
Altes Spezialhaus
Viele Anerkennungen.
Carl Köchlin & Co.
Berlin SW 68,
Alte Jakobstr. 29/2*

Chelente
erhalten totes Metall über
ausreichend gründlichen
Behandlung.
B. Röder, Reichardtstr. 15,
Preis Weissenfels & G.

UFA PALAST
AM
ZOO
FERNSPRECHER: HOLLENDORF 62 und 1392
POLA NEGRI,
ELSE BERNA, EMIL JANNINGS,
HARRY LIEDTKE, ED. V. WINTERSTEIN,
REINH. SCHÜTZEL, MAGNUS STIFTER,
PAUL BIENSFELD, ALEXAND. ECKERT,
GUSTAV CZIMEG, FRED JIMMLER,
WILLY KAISER.
IN DEM GROSSEN UNION-FILM DER UFA
**MADAME
DUBARRY**
VON FRED ORBING u. HANNIS KRÄLY
REGIE: ERNST LUBITSCH
KUNSTLERISCHE AUSSTATTUNG: KURT RICHTER
WOCHENT. 7 1/2 u. 7 3/4 - SONNT. 4 u. 6 u. 8 UHR
VORVERKAUF: TAGL. 11-1 UHR
OHNE AUFZUGLAG.
FREIKARTEN WERDEN NICHT AUSGEGEBEN!

**Der Tod
und die
Liebe**
6 Akte
mit
Paul Otto

Film-Palast
Kammer-Säle
Belle-Alliancestraße 5
Ecke Teltower Straße
Ur-
aufführung: **Verschleppt**
Sensationelles Kriminaldrama
In den
Hauptrollen:
Hans Mierendorff
Grete Weixler
Was den Männern gefällt
Lustspiel in 4 Akten.
Wochentags 5 Uhr □ Sonntags 4 Uhr
Eigene Lichtanlage

Aluminium
Wodgofschier
in noch nie
dagegen
Qualität, weil aus
Neuematerial, der
Stolz jeder Haushal-
tungen, wir zu
billigsten Preisen zur
Anschaffung mit
Rücksendungsrecht
bei Nichtgefallen
auf Wunsch gegen
Monatsraten
Verlangen Sie sofort
ihre Probe über
Aluminium-Geschir-
re umsonst von der
Miro Berlin S. 42
Postf. 1108
oder besuchen Sie uns
Alexanderstr. 67

**Möbel-
Gelegenheitskäufe**
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrnzimmer
Polstermöbel
kompl. Küchen
Einzelne Möbel
Gr. Auswahl, bill. Preise
Auf Wunsch a. Teilzahlg.
Liefere auch nach ausw.
Gekaufte Möbel können
kostenlos lagern.
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 53
5 Min. v. Alexanderpl. *
Filiale: Badstr. 47/48.

Wasserbau- und Energiefragen.

Preussische Landesversammlung vom 25. September.

Die zweite Beratung des Haushaltsplans der Wasserbauverwaltung wird fortgesetzt. Müller-Mars (Soz.): Bei den Kanalbauten und den Kanalarbeiten werden leider die tariflichen Bedingungen längst nicht immer innegehalten. Die Unternehmer sehnen sich schon wieder nach billigen ausländischen Arbeitern. Zahlreiche berechtigte Wünsche der Bauarbeiter, besonders hinsichtlich der Kaufkontrolleure, sind leider immer noch nicht erfüllt worden. Paul Hoffmann (L. Soz.): Wenn die Wassertrassen besser für den Landtransport ausgenutzt werden würden, dann wäre die Kohlennot nicht so groß. In den Wassertrassenbeiräten müssen die Arbeiter entscheidenden Einfluss erhalten.

Minister Dr. Defer: Die Vorarbeiten zum Mittellandkanal sind weiter gefördert worden. Bisher sind für 4,5 Mill. Mark Arbeiten vergeben und für 9 Mill. Mark ausgeführt worden. Die Wasserkraftwerke werden wir nach Möglichkeit ausbauen. Für Ostpreußen muß in dieser Hinsicht etwas Besonderes geschehen; in der Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft Ostpreußens müssen Reich und Preußen freundschaftlich zusammenarbeiten. Die Elektrizität bietet uns Zukunftshoffnungen, nicht nur hinsichtlich der Ausnützung der Wasserkraft, sondern auch durch die Umschaltung unserer ganzen Brennstoffversorgung. Auf dem Wege der Umwandlung der Brennstoffe in elektrische Kraft werden wir in wirtschaftlicher Weise Kraft gewinnen, als das durch die Verfeinerung der Kohle geschieht. Dabei läßt sich nicht nur Steinkohle, sondern auch Braunkohle und Torf verwenden. Bei Vergasung dieser minderwertigen Brennstoffe werden wir große Mengen anderer wertvoller Stoffe gewinnen, wie Glycerin und Paraffin. Ueber das große Wert der Elektrifizierung der Eisenbahnen und andere Pläne wird die Deffenlichkeit bald unterrichtet werden. Durch Ersparung von Brennstoffen und Arbeitskräften hoffen wir unser Land wieder in die Höhe zu bringen. Geben wir mit frischem Mut an die Arbeit, wir wollen nicht untergehen, sondern uns eine Zukunft schaffen. (Lebhafte Beifall.)

Ummert (Dem.): Die gesamte Wasserbauverwaltung sollte in einem Reichswasserbauministerium zusammengefaßt werden.

Unterstaatssekretär Dr. Peters: Die Vorlage über den Mittellandkanal wird dem Hause nach Abschluß der Vorarbeiten unverzüglich zugehen. Die Vorarbeiten werden so gemacht, daß sie für jede Linienführung geeignet sind; eine Festlegung des Hauses auf eine bestimmte Linie ist nicht beabsichtigt.

Die Anträge des Haushaltsausschusses, in die Bezirkswassertrassen-Beiräte und in den Landeswassertrassen-Beirat Vertreter der Angestellten und Arbeiter aufzunehmen, und für die Beamten- und Arbeiterinteressenvertretungen zu errichten, werden angenommen, ebenso ein Antrag des Zentrums auf Vorlegung eines Gesetzes über die Ausführung von Teilstrecken des Mittellandkanals und ein sozialdemokratischer Antrag auf Gleichstellung der höheren technischen Beamten mit den juristisch vorgebildeten höheren Beamten in der Bauverwaltung. Damit ist der Haushalt der Bauverwaltung erledigt.

Nächste Sitzung Freitag, 12 Uhr. (Kleine Anfragen. Etat der Finanzverwaltung, direkte und indirekte Steuern.) Schluß 5 1/2 Uhr.

Die sächsische Regierungsfrage.

Im Dresdener Volkshaus fand gestern eine gemeinsame Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und der Bezirksvorstände statt, um zur Frage der Umbildung der Regierung Stellung zu nehmen. Es wurde folgende Entschliessung angenommen:

Die versammelten Mitglieder der Volksstammesfraktion und der Landesinstanzen der sächsischen sozialdemokratischen Partei stellen fest, daß der erneute Versuch zur Herstellung einer Regierung mit der unabhängigen sozialdemokratischen Partei an dem Verhalten der Unabhängigen gescheitert ist. Das wird nicht widerlegt, sondern bestätigt durch den Versuch der Unabhängigen in ihrer Antwort, die Sozialdemokraten in demagogischer Weise anzugreifen. Der Fraktionsvorstand wird nunmehr ermächtigt, im Sinne des Beschlusses der Landesversammlung die Lösung der Regierungsfrage auf parlamentarischer Grundlage herbeizuführen.

Dr. Oberfohren berichtet.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Unter Berufung auf § 11 des Prehgesetzes bitte ich um Aufnahme folgender Berichtigung in Ihrem Blatte:

In Nr. 487 des „Vorwärts“ wird behauptet, ich hätte auf einem für Berufsjuden bestimmten Aufführungsbühnen der Deutschnationalen Volkspartei in Kiel ungläubliche Reden gegen die Regierung vom Stapel gelassen; weiterhin hätte ich von Seiten des Kommandos der Marinestation der Ostsee ein Schreiben an den Chef der Admiralität veranlaßt, in dem dieser gebeten wird, ein allgemeines Verbot gegen die öffentliche Betätigung der Berufsjuden zu veranlassen.

Beide Behauptungen sind un wahr. In der betreffenden Versammlung habe ich unter Vermittlung jedes Einzelnen auf politische Angelegenheiten einen sachlichen Bericht über die in Weimar erfolgten Beratungen bez. des Offizier- und Kapitalistenentwidlungsgesetzes gegeben. Erst die sozialdemokratischen Gegenwärtigen haben die Verhandlungen auf das politische Gebiet gezogen und sich in ungläublichen Beschimpfungen des Offizierkorps und des alten Schiffs ernannt. Angenehmen Schritt beim Kommando der Marinestation der Ostsee in dem angebotenen Sinne zu tun, ist mir niemals eingefallen.

Dr. G. Oberfohren, Mitglied der Nationalversammlung.

Hierzu bemerken wir kurz: Was Herr Oberfohren „sachlich“ nennt, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Versammlungsteilnehmer haben keine Ausführungen als tendenziöse Hege gegen die Regierung empfunden und entsprechend darauf reagiert. Das Schreiben des Kommandos der Marinestation der Ostsee, in dem um ein allgemeines Verbot gegen die öffentliche Betätigung der Berufsjuden ersucht wird, liegt uns im Wortlaut vor.

Nochmals

Theodor Barth und die Sozialdemokratie.

Herr Dr. Paul Rathen schreibt uns: Vielleicht gestatten Sie auch mir ein Wort zu der Auseinandersetzung zu sagen, die in Ihrem Blatte zwischen Herrn Heber und Herrn Stämpfer über das politische Glaubensbekenntnis von Theodor Barth stattgefunden hat. Zu meiner Aeußerung fühle ich mich berechtigt, weil ich dem ausgezeichneten Kolen durch gemeinsame politische Arbeit und in persönlicher Freundschaft ein Menschenalter hindurch auf das engste verbunden gewesen bin.

Theodor Barth war eine der freiesten und der politisch beweglichsten Intelligenzen, die ich in Deutschland kennen gelernt habe, und sein Leben bis zum Schluß war eine Fortentwicklung. Er lernte aus der Theorie und aus dem Leben, und als praktischer Politiker war er durchdrungen von dem Gedanken, daß es nicht allein darauf

ankomme, eine logisch richtige Idee zu erfassen und zu vertreten und immer wieder zu vertreten, sondern daß ein greifbares Ergebnis sich im modernen Staate nur dann erzielen läßt, wenn die Massen der Bevölkerung diese Idee aufzugreifen und an ihrer Verwirklichung mitzuarbeiten bereit sind. Im Lande der Theoretiker, auch der politischen Theoretiker, war er ausgehakt mit den seltenen Fähigkeiten des praktischen Staatsmannes. Und dieser Blick für praktische-politische Möglichkeiten und Notwendigkeiten brachte ihn im Lande des allgemeinen gleichen Wahlrechts den sozialdemokratischen Gedankengängen immer näher. Die zweite starke treibende Kraft seines Innern mußte ihm den gleichen Weg weisen; ihm schien jede Politik verfehlt und unwürdig, deren Ziel es nicht war, immer weitere Massen der Bevölkerung an den Segnungen moderner Kultur im allerweitesten Sinne teilnehmen zu lassen.

War er aber darum ein Sozialdemokrat? Im Ziele zweifellos! Kennt man aber nur jenen einen Sozialdemokraten, der auf das Exekutivprogramm schwört, oder auf Marx, dann war er es gewiß nicht. Auch Marx und das Exekutivprogramm erschienen ihm in wichtigen und in entscheidenden Punkten sehr angreifbar; nur in dem einen Punkte nicht, daß der moderne Staat die Aufgabe zu lösen hat, die Lebenslage der Millionen materiell und vor allem auch intellektuell auf eine Höhe zu heben, die noch niemals seit dem Beginn menschlicher Entwicklung erreicht und mit den Mitteln praktischer Politik auch noch niemals ernstlich in Angriff genommen worden ist.

Und so wie Theodor Barth dachte und denken seine engeren politischen Freunde.

Nicht das Ziel ist strittig; nur im einzelnen können die Wege zweifelhaft sein, um das gemeinsame Ziel zu erreichen. Und auch innerhalb der organisierten Sozialdemokratie kann sich natürlich der Übergang aus der Theorie zum schaffenden politischen Aufbau nicht ohne jede Hemmung und nicht ohne jeden Zweifel vollziehen.

Einer von denen, die überzeugt gewesen sind, daß durch eine Anzahl festgelegter politischer und wirtschaftlicher Formeln nicht das Glück der Zukunft zu sichern sei, war auch Theodor Barth; aber einer der ehrlichsten und begabtesten politischen Sucher nach neuen Wegen zum Aufstieg der Massen ist er gewesen. Und gerade solche Auffassung scheint mir das tragfähige Fundament zu sein, auf dem Sozialdemokraten und soziale Demokraten zusammenarbeiten können in einer Zeit, die so viele alte Scheidewände niedergerissen hat.

Dieser Entwicklung ist Theodor Barth der bahnbrechende Vorläufer gewesen.

Wo sie regieren!

Daß es viel leichter ist, mit großem Geschrei die regierende Mehrheitspartei zu beschimpfen, als selber etwas Besseres zu machen, das beweisen die Unabhängigen alle Tage dort, wo sie am Ruder sind. Die Freistaaten Meckl., der eine unabhängige-sozialistische Regierung hat, bestreiten bereits Einkommen von 1200 M. Die Arbeitslosen von Werra hatten Anfangs die Forderung aufgestellt, daß Einkommen bis 3000 M. steuerfrei bleiben sollten. Darauf hat ihnen die unabhängige Regierung mitgeteilt, es ginge nicht an, die höheren Steuerstufen mit dem dadurch entstehenden Anstich von einer Million zu belassen. Die Wohlhabenden müßten sowieso schon das Kriegsnoteppel und die Vermögensabgabe tragen. (Sonn behaupten die Unabhängigen immer, diese Steuern läten den Besitzenden gar nicht weh!) Schon gegen die Steuerbefreiung der Einkommen bis 1200 M. ließen sich nach Ansicht der U. S. P.-Regierung sehr berechtigte Bedenken geltend machen! Kurz und gut: die Forderung der Arbeitslosen wurde glatt abgelehnt. Wie hätten das Geschrei der Unabhängigen hören wollen, wenn Mehrheitssozialisten daselbe getan hätten.

Kleine politische Nachrichten.

Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung beriet am Donnerstag den Haushalt des Reichspräsidenten, der in einem besonderen Nachtragsgesetz vorgelegt worden ist. Es wird jetzt für den Reichspräsidenten ein Gehalt von 120 000 M. gefordert, außerdem 200 000 M. für Aufwandsgehälter. Der Reichsfinanzminister Erzberger wies in der Begründung des Etats darauf hin, daß der Etat vom Präsidenten in der bisherigen Höhe eingerichtet worden ist, daß aber das Staatsministerium auf Antrag des Finanzministers eine Erhöhung der Aufwandsgehälter um 100 000 M. zu beantragen beschließen habe, um dem Präsidenten eine würdige Stellung wie in anderen Ländern zu schaffen. Hieran schloß sich eine längere Diskussion, die sich auch namentlich um die Frage drehte, wie weit dem Präsidenten ein besonderes Bureau und in welcher Zusammenfassung es ihm zusteht.

Annahme der württembergischen Verfassung. Die Württembergische Landesversammlung hat gestern die Verfassungsurkunde des Freistaates Württemberg mit 120 gegen 9 Stimmen (vier Unabhängige, fünf äußerste Rechte) angenommen.

Der Bremer Straßenbahnerstreik. Vorgestern nachmittag fanden Verhandlungen zwischen der Direktion der Bremer Straßenbahn und den Vertrauensleuten des Bahnpersonals über die geforderte Feuerungsbeihilfe statt. Der Schlichtungsausschuß lehnte nach den Vorträgen beider Parteien die Festlegung einer Feuerungszulage ab. Die Kraftverkehrs-gesellschaft „Niederhafen“ hat verschiedene ihrer Wagen für den Personerverkehr hergerichtet, die den Verkehr auf der Strecke der Ringbahn und auf den wichtigsten Außenlinien so gut wie möglich aufrechtzuerhalten.

Aufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen. Die Herren Brobawski, Korsany und Diamant sind von Warschau nach Berlin abgereist, um die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen vorzubereiten.

Eine Falschmeldung. Die vom „Katolik“ aus Warschau gemeldete Nachricht, daß die Besetzung Oberschlesiens durch die Entente-Truppen noch vor Unterzeichnung des Friedensvertrages seitens Frankreichs und Italiens erfolgen werde, war, wie der „Katolik“ jetzt selbst mittelst, gefälscht.

Stadtverordnetenversammlung.

Lehrerzulagen. — Jugendfürsorge. — Schuljahrspläne. — Siedlungswesen. — Lohnstätt. — Zwangswirtschaft.

Zum Antrag der Bürgerlichen Vereinigung betr. Bezahlung der Hilfskräfte an den Hoch- und Fortbildungsschulen empfiehlt der Ausschuß, den Magistrat ersucht zu werden, das Stundengehalt der nebenamtlich beschäftigten Lehrkräfte um 1,50 M. zu erhöhen, dergestalt, daß das Stundengehalt insgesamt 5 M. nicht übersteigt. Gleichseitig erklärt die Versammlung, daß die in dieser Honorarumsfrage bestehenden Unstimmigkeiten erst nach der Beschließung des Gesetzesentwurfs für die Schaffung eines „Groß-Berlin“ beseitigt werden kann. Weiter soll für außerordentliche Lehr- und für Vertretungsstunden an höheren Lehranstalten anstellungsjährigen Lehrpersonen bei einem Lehrauftrag von zwölf Stunden und mehr auf ein volles Semester eine feste Gehaltszulage von 1200 M. gezahlt werden, andere Hilfs- und Vertretungsstunden sollen mit 188 M. Jahreslohn für die Stunde honoriert werden,

wobei die Ferien mitgerechnet werden; einzelne Stunden sollen mit 4 M. entschädigt werden. Endlich wird der Magistrat um eine Prüfung sämtlicher Honorarsätze zum Zwecke der Beseitigung vorhandener Unstimmigkeiten ersucht.

Für die Antragsteller erklärt Rektor Tross die Zustimmung zu den Ausschlußvor schlägen, die darauf zur Annahme gelangten. Die Vorlage betr.

Neuregelung der gesamten Jugendfürsorge

Der Stadt Berlin beantragt Braun (Dem.), einem Ausschusse von 15 Mitgliedern zu übertragen. Die Sprecher der übrigen Fraktionen stimmen zu, wobei durchweg der Vorlage besondere Sympathie bekundet wird. Auch hier geht es übrigens nicht ohne einen lebhaften Disput zwischen Gaffel (Dem.) und Dr. Hasenfeld (L. Soz.) darüber ab, wem das größere Verdienst an dem Fortschritt auf diesem Gebiete gebühre. — Stadtrat Cassenbach legt dar, daß die Entwicklung seit der Errichtung des Jugendamtes dahin geführt habe, die Jugendfürsorge auf der Waisenverwaltung aufzubauen und die beiden Deputationen für die Waisenverwaltung und für das Jugendamt, wie jetzt vorgehoben, so zu verwickeln, daß als Zentralstelle für die Jugendabteilung ein Zentraljugendamt für die Jugend vom frühesten Alter bis mindestens zum vollendeten 18. Lebensjahre geschaffen wird.

Der Ausschuß wird beschloffen und sofort vom Vorstände ernannt.

Dr. Jabel (L. Soz.) begründet den von den L. Soz. und Soz. am 2. Juli 1919 gemeinsam eingebrachten Antrag, die Schulzahnabteilung seitens der Stadt zu übernehmen. Im Prinzip sei die Maßnahme im Interesse der Volksgesundheit geboten, der Kostenaufwand dürfe kein Hindernis bilden. — Prof. Brandenburg (Dem.) ist kein Gegner der Kommunalisierung, hält aber die bisherigen Schulzahnkliniken bei Erhöhung der städtischen Zuschüsse und Verbesserung der Organisation für ausreichend; die Uebernahme in städtische Hände würde den Etat mit 8—100 000 M. belasten. — Stadtschulrat Fischer kann als Mitbegründer der Schulzahnkliniken nur Reue für deren gegenwärtigen Zustand ablegen; der Magistrat habe in der Frage noch nicht Stellung genommen. — Dr. Kollwitz (Soz.) befürwortet demgegenüber lebhaft die Annahme des Antrags Paul-Braun, der mit sehr großer Mehrheit zum Beschlusse erhoben wird.

Die Vorlage betr. Errichtung einer Siedlungsanlage in Busch und der Borsenbaur auf einer Siedlungsanlage in der Kungfernhöhe gehen an einen Ausschuß.

Die Vorlage über den Abschluß eines neuen Arbeiterlohntarifs modert von den Verhandlungen über den Tarifvertrag Mitteilung und sucht um die Zustimmung zu den Grundzügen des neuen Lohn-tarifvertrages nach. In der hier ankündigenden Erörterung führen Müller (Pa. Soz.) und Levin (Dem.) Beschwerde über unzulässige Eingriffe des Gemeindevorstandes und Staatsarbeitervereines in die Koalitionsfreiheit zum Ausdruck der christlich oder in den Hirsch-Dunderschen Gewerbetarifen organisierten Arbeiter. Dittmer (Soz.) weist diese Beschuldigungen als völlig unhaltbar mit größter Entschiedenheit zurück und verweist auf den Terrorismus und Gewissenszwang, der von den christlichen Organisationen da, wo sie in der Mehrheit seien, den Sozialdemokraten gegenüber geübt wurde. Die Versammlung beschließt nach dem Magistratsantrage. Zur Verhandlung kommt um 1/2 Uhr der Antrag Koch und Genossen (Pa. Soz.) vom 27. August: Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dasjenige Gemüse, Obst und andere Lebensmittel, die von den Großhändlern nicht abgenommen werden, der Allgemeinheit in den Markthallen zu billigen Preisen anzubieten, um dadurch 1. die Gemeinde vor Verlusten zu bewahren, 2. einen Druck auf die Großhändler auszuüben, 3. preisgünstig zu wirken und 4. dadurch der minderbemittelten Bevölkerung billige Lebensmittel zu schaffen. Ein Gegenantrag will dieses Gemüse ujm. den Kleinhändlern überweisen wissen.

Müller von der Pa. Soz. wiederholt die Behauptung, daß durch die Nichtabnahme dieses auf Grund von Anbauverträgen gelieferten Gemüses der Stadt

ein Schaden von 27 Millionen

entstünden sei. Die städtische Beamtenwirtschaft besorge eben auf diesem Gebiete absolet. Die Preissteigerung sei zugunsten des Großhandels ungerecht hoch gegriffen, nur um die Stadt möglichst wenig zu schaden kommen zu lassen. Die Zwangswirtschaft müsse, allerdings vorsichtig, abgebaut werden; das Ziel müsse der freie Handel und die freie Konkurrenz der Ware sein. Die Gemeindevirtschaft wirke verheerend, die Privatwirtschaft wirke verbilligend und arbeite ungleich schneller. — Heute komme der Antrag post festum; inzwischen sei ja erfreulicherweise einige Abhilfe erfolgt. Die Preispolitik für das Gemüse mit ihren Höchstpreisen müsse endlich verlassen werden, nur so werde man den Interessen des Gewerbes und der Verbraucher gerecht.

Stadtrat Runge: Die Hauptsache war und blieb für uns, die städtische Bevölkerung ausreichend mit Gemüse zu versorgen und das in im wesentlichen gelungen. Die Unterbilanz hat in den 4 Kriegsjahren 13 Millionen betragen. Die Anbauverträge haben für uns manchen Nachteil gebracht, besonders wenn der Eisenbahntransport versagte. In der angeleglich zu großen Spannung zwischen Erzeuger- und Großhandelspreis ist auch die Frucht mit enthalten. Im Sinne des Antrags sind wir schon lange vor Einbringung desselben tätig gewesen.

Gingel (L. Soz.): Die Wärd der Antragsteller, die verheerliche Zwangswirtschaft zu beseitigen, ist ja für Obst und Gemüse erreicht und mit dem Erfolg, daß die Birnen und Pfämen das Pfund 1,20 bis 2 M. kosten! Der Großhandel muß ganz ausgeschaltet werden, es geht auch ohne ihn, und unsere württembergischen Verkaufsmittler begnügen sich mit 6 bis 8 Proz. (Diese sind die folgenden Ausführungen begleitet die Rede mit andauernden lärmenden Zurufen und Unterbrechungen.) Wobin der freie Handel und geführt hat, sieht man ja an den Preisen für Eier und für Leber. Die Agrarier wollen für Brotgetreide das gleiche erreichen wie für den Hafer. Dem Oberbürgermeister gebührt der größte Dank für sein mannhaftes Eintreten für die Versorgung der Berliner Bevölkerung zu billigen Preisen.

Oberbürgermeister Wermut: Die deutschen Städte haben in fünf Kriegsjahren

eine Kriegswirtschaft von 30—40 Milliarden Mark

geführt, Berlin allein von 8 1/2—4 Milliarden. Beim Gemüse und wohl auch bei den Kartoffeln hat sich eine Zwickwirtschast entwickelt; im übrigen ist die Entwicklung bis zu der neuesten großen Verbilligungsdation von Reichs, Staats und Gemeindegewegen als günstig anzusehen. Der kommende Ernährungswinter ist trotz der guten Ernte nicht gefahrlos, beim Fleisch sieht es so aus, als ob wir inländische Viehbestände nicht mehr befähigen, wir werden mit Konserven und Auslandsfleisch ernährt. Gungu kommt die unumhuerständliche Androhung einer Milchsperr durch brandenburgische Grundbesitzer, die bis zum 1. Oktober von uns über die künftige Ernährungs-politik eine Auskunft verlangen, die niemand geben kann. Damit scheint eine

Systematische Auflockerung im Innern

eingeleitet zu werden. (Große Bewegung in der ganzen Versammlung.) Eine solche Politik, die unseren Kindern und Kranken auch das wenige an Milch noch entzieht, die sie noch bekommen, kann doch nur eine Belle des Unheils über das ganze Land bringen. Müge hier vorgebeugt werden, ehe es zu spät ist! (Stürmischer Beifall; Gänkelstößen auf den Tribünen. Vorheriger Beifall beglänzt letzteres als unstatthaft.)

Mit Rücksicht auf die geheime Sitzung, die heute unbedingt abgehalten werden muß, wird um 9 Uhr die Fortsetzung der Beratung auf Dienstag vertagt.

Gewerkschaftsbewegung

Der Kampf in der Metallindustrie.

Ueber den Umfang des Streiks hat der Verband Berliner Metallindustrieller einem bürgerlichen Blatte Angaben gemacht, wonach die bisher veröffentlichten Zahlen der Ausständigen bezw. Ausgesperrten als zu hoch angegeben seien. So sollten am gestrigen Donnerstag in 25 Betrieben nur 8600 Arbeiter ausständig und 7000 wegen Arbeitsmangel entlassen worden sein. Nach den von uns in der Donnerstagsmorgenummer veröffentlichten Angaben der Streikleitung betrug am Mittwoch die Zahl der Streikenden 18000 und die der Ausgesperrten 30000, das ergäbe eine so erhebliche Differenz, daß derselben doch nur mangelhafte Erfassung der vom Streik in Mitleidenschaft gezogenen Betriebe zugrunde liegen kann. Der heutige Bericht der Streikleitung besagt:

Die Zahl derjenigen Betriebe, die sich am Kampf beteiligen wollen, hat sich auf 100 erhöht; die Zahl der im Streik befindlichen Firmen auf 40. Auch heute ist eine Ausdehnung des Streiks zu verzeichnen.

Bemerkenswert ist heute, daß die Heizer und Maschinenisten des Siemens-Konzerns beabsichtigen, bei eventueller Nichtbewilligung der Forderung der Metallarbeiter in den Ausschuss zu treten. Die Folge dieses Schrittes wäre eine weitere Verschärfung des Kampfes; 35000 Arbeiter des Siemens-Konzerns würden dadurch mit in den Kampf hineingezogen.

Es haben sich erneut einige Firmen bereit erklärt, die von der Arbeiterschaft geforderten Lohnsätze zu zahlen; sie werden jedoch durch hohe Konventionalstrafen des Verbandes der Berliner Metallindustriellen abgehalten, diese Erklärung unter schriftlich abzugeben. Einige Firmen haben jedoch, trotzdem sie Mitglieder des Verbandes der Metallindustriellen sind, die Vereinbarungen bereits unter schriftlich anerkannt.

Zu der im „Vorwärts“ vom 21. September, Morgenausgabe, veröffentlichten Entgegnung des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses erhalten wir von den Arbeitnehmermitgliedern Rudolf Schlichting, Paul Mieth und Max Fiese noch folgende Zuschrift:

Der Schiedspruch vom 21. August 1919 sieht keine Regelung über die Einteilung der einzelnen Berufsgruppen in die verschiedenen Lohn- resp. Akkordklassen vor. Auf die von dem Vertreter des Metallarbeiterverbandes, dem Kollegen Kusch, gestellten Fragen, müssen die Klassen alle zum Teil raurücken, wenn die letzte Klasse durch Spruch befreit ist und ist es zulässig, eine Branche über fünf Klassen zu verteilen“ antwortete der Schlichtungsausschuss durch Schiedspruch in seiner Sitzung vom 4. September 1919 folgendes: Die Entscheidung, in welche Gruppe die einzelnen Branchen einzureihen sind, selbst zu fällen und erledigen sich diese Fragen. Durch diese vorläufige Entscheidung waren die Streifragen lediglich vertagt und kam es bei den weiteren Verhandlungen über die Einteilung bei den Metallformern und Verursachern zur prinzipiellen Auseinandersetzung und Entscheidung. Diese erfolgte dadurch, daß der Vorsitzende, durch die Arbeitnehmerbeisitzer aufgefordert, eine endgültige Stellungnahme am späten Abend des Verhandlungstages ablehnte und sich dafür am anderen Morgen zur Auffassung der Arbeitgeberbeisitzer entschied. Es war demnach zwecklos, bei den weiteren Verhandlungen die Entscheidung des Vorsitzenden anzufordern, da die Festlegung im Sinne der Arbeitgeber grundsätzlich erfolgt war. Es ergab sich nun, daß bisher geschlossenen bezahlte Verträge, wie zum Beispiel die Mechaniker und Uhrmacher, die nach dem letzten Kollektivabkommen vom 5. Juni 1919 eine einheitliche Akkordbasis hatten, in drei Akkord- resp. Lohnklassen verteilt wurden. Daß diese Arbeit des Schlichtungsausschusses nicht die Zustimmung der Arbeitnehmer finden würde, war bei ganz geringer Kenntnis der Stimmung der Arbeiterschaft vorauszu sehen. Die Tätigkeit der Arbeitnehmermitglieder war durch die Entscheidung eng begrenzt und konnten diese nur noch verhandeln, dem Verhalten der Arbeitgeber, welche die verschiedenen Berufsgruppen auf alle Klassen verteilt und in eine möglichst niedrige Klasse eingliedern wollten, entgegenzutreten und den Kampf um die Einreihung in eine höhere Lohngruppe zu führen. Wir müssen daher dabei bleiben, daß von den Verhandlungen des Schlichtungsausschusses eine schiefe Darstellung gegeben ist, die es ermöglicht, gegen die Arbeiterschaft der Metallindustrie in der Öffentlichkeit Stimmung zu machen und glauben mit vorstehendem die Auseinandersetzungen über die Tätigkeit des Schlichtungsausschusses schließen zu können.

Die Schlusstagung der Hausangestellten.

Am Donnerstag berichtete die Redakteurin Wilhelmine Kähler - Berlin über das Verbandsorgan. Sie betonte, sie sei stets bestrebt gewesen und werde es auch in Zukunft sein, dem Blatte eine politisch neutrale Haltung zu geben, die gewerkschaftlichen Interessen der Hausangestellten aber mit aller Entschiedenheit zu vertreten.

Von der Ortsgruppe Leipzig lag ein Antrag vor, welcher forderte, das Verbandsorgan in Zukunft politisch ganz neutral zu gestalten oder auch neben den redaktionistischen Parteinteressen die Grundzüge der unabhängigen Sozialdemokratie mitzubringen.

In der Diskussion erklärte die Vertreterin der Ortsgruppe Leipzig, die Aussprache habe ergeben, daß ihr Antrag auf fallenden Voraussetzungen beruhe und deshalb hinfällig sei. — Wie Wilhelmine Kähler bemerkte, sind die falschen Voraussetzungen dadurch entstanden, daß sie in einigen Artikeln die Hausangestellten aufforderte, von ihrem politischen Wahlrecht Gebrauch zu machen, wobei sie aber nicht für eine bestimmte Partei eingetreten sei. — Damit hielt der Verbandstag die Angelegenheit für erledigt.

Für die Angestellten des Verbandes wurden folgende Monatsgehälter festgelegt: Vorsitzende 800 M., Kassiererin 700 M., Redakteurin bei monatlichem Erscheinen des Blattes im Umfange von 8 Seiten 175 M., im Umfange von 12 Seiten 200 M., Sekretärinnen 500—600 M., Hilfskräfte 400 M. Ferien werden gewährt nach einer Beschäftigung bis zu 2 Jahren 14 Tage, bis 4 Jahre 8 Wochen, über 4 Jahre 4 Wochen.

Das Eintrittsgeld wurde auf 1 M. festgesetzt, davon sind 75 Pf. an die Zentralstelle abzuführen. — Der monatliche Mitgliedsbeitrag beträgt bei einem Monatslohn bis 30 M. 1 M., bis 60 M. 1,50 M., über 60 M. 2 M. Davon sind an die Zentralstelle abzuführen 60 Pf., 90 Pf., 1,20 M. — Der Verband gewährt Krankenunterstützung, die nach der Höhe der Beiträge und der Mitgliedsdauer abgestuft ist. Die Höhe der Streikunterstützung setzt der Verbandsvorstand mit Zustimmung des Ausschusses fest.

In den Vorstand wurden einstimmig wiedergewählt als erste Vorsitzende Luitze Kähler, als Kassiererin Gertrud Klug, als Redakteurin Wilhelmine Kähler.

Massenversammlung von Hausangestellten.

In großer Zahl waren die Hausangestellten — „Dienstboten“, wie sie bodenständiger Herrndienstler einst nannte — der Einladung des Zentralverbandes der Hausangestellten zu einer öffentlichen Versammlung am Mittwochabend gefolgt. Die imposante Kundgebung fand im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses statt, der samt den

Träumen bis auf den letzten Stehplatz gefüllt war. Antrachen hielten die Verbandstagsdelegierten Helene Grünberg - Kärnberg, Sophie Selzer - München, Fauny Vorhöfeler - Stuttgart, Frau Königstätter - Wien, Martine Jich - Hamburg, Frau Pöcher - Wien, Gertrud Klug - Magdeburg, Maria Bauh - Hamburg.

Unter lebhaftem Beifall der aufmerksamen Zuhörerstaffel schilderten die Rednerinnen die Erfolge der Hausangestelltenbewegung. Nachdem die Revolution das alte Unrecht gestürzt, die schändlichen Gefindeordnungen beseitigt hatte, erwarteten die Hausangestellten aus ihrem Gleichmut, um teilzunehmen an den Erregungen der neuen Zeit. Der Zentralverband, dem die Hausangestellten in Massen zuströmten, nahm sich mit gewohnter Energie dieser gedrückten Arbeiterbewegung an. Und die Erfolge blieben nicht aus. Jede der Rednerinnen konnte Beispiele dafür aus ihrem Wirkungskreis anführen. Abdruck an Tarifverträgen, höhere Löhne und vor allem Anerkennung der „Dienstboten“ als freie Arbeiterinnen. Eine der Wiener Vertreterinnen gab der Hoffnung Ausdruck, daß trotz aller Grenzfestsetzungen der Entente die deutschösterreichischen und die deutschen Kolleginnen einst zu einer einzigen Organisation kommen werden.

Die Diskussion nahm einen recht lebhaften Charakter an, als Fräulein Filling, die Vorsitzende des Reichsverbandes der weiblichen Hausangestellten eingriff, den Zentralverband abfällig kritisierte und vorlaut fragte: „Wo sind denn die Erfolge Ihrer dreizehnjährigen Gewerkschaftsarbeit?“ Diese anmaßende Frage beantwortete die Vorsitzende, Luise Kähler: „Jetzt, wo es leid ist, unter den Hausangestellten zu arbeiten, erscheint der Reichsverband auf dem Plan. Wir aber, die wir die Leiden des Dienstbotenlebens am eigenen Leibe erfahren haben, mühen unsere Organisationsarbeit betreiben zu einer Zeit, wo die Gefindeordnung die Hausangestellten entrechtet, wo unsere Versammlungen polizeilich überwacht wurden, weil wir als politischer Verein galten, denn wir forderten ja die Aufhebung der Gefindeordnung. Der Verlauf der Versammlung war ein guter agitatorischer Erfolg des Zentralverbandes der Hausangestellten.“

Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Hannover, den 24. September.

Zweiter Verhandlungstag.

Bei Annahme des Antrages auf Schluß der Debatte war ausdrücklich festgelegt worden, daß der Vertreter der Generalkommission noch das Wort erhalten solle. Somit erhält nunmehr Legien Gelegenheit, die von ihm während des Krieges vertretene Politik ausführlich zu verteidigen.

Infolge eines Geschäftsordnungsantrages wird nunmehr einem Redner der Opposition zwecks Antwort auf die Ausführungen Legiens das Wort erteilt.

Es folgt hierauf das Schlusswort des Verbandsvorsitzenden Zeiske, dem sich eine Flut von persönlichen Bemerkungen anschließt, wobei nicht Redner zu Worte kommen.

Nach zum Teil erregter Geschäftsordnungsdebatte, in der über die Reihenfolge der Abstimmung von vier verschiedenen Resolutionen beraten wird, einigt man sich schließlich dahin, zunächst über folgende Resolution Riemann und Genossen namentlich abzustimmen.

Der Verbandstag erklärt sich mit der seitens der Generalkommission und der Verbandsvorstände während des Krieges betriebenen Politik nicht einverstanden. Beide Körperschaften haben damit zur Verlängerung des Krieges und Zersplitterung der Arbeiterschaft erheblich beigetragen.

Der Verbandstag beharrt diese Zersplitterung auf politischem Gebiete und spricht die Erwartung aus, daß die Gewerkschaften nicht davon betroffen werden. Um das letztere zu verhüten, muß gegenseitige Toleranz geübt werden. Verständnisvolles Zusammenarbeiten wird den Verband groß und zu einer wirksamen Waffe gegen das Unternehmertum und den heutigen Klassenstaat machen.

Es stimmen mit ja 81 Delegierte, mit nein 55 Delegierte. Diese scheinbar große Mehrheit schrumpft jedoch erheblich zusammen, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß bei namentlichen Abstimmungen die Zahl der von den Delegierten vertretenen Mitglieder ausschlaggebend ist; dadurch ergibt sich folgendes Bild: für Annahme der Resolution Riemann entfallen 19458 Stimmen, gegen dieselbe 19321 Stimmen.

Nunmehr wird über folgende Resolution Swinemünde ebenfalls namentlich abgestimmt:

Die Mitglieder verurteilen das Gebahren einzelner Parteizersplitterer, die versuchen, durch politische Treibereien Uneinigkeit in die Gewerkschaften zu bringen, auf allerhöchste und sprechen der G. V. für ihre Tätigkeit während des Krieges und nach der Revolution ihr vollstes Vertrauen aus.

Für diese Resolution stimmen 56 Delegierte, welche 20178 Mitglieder vertreten, dagegen 28 Delegierte mit 15907 von ihnen vertretenen Mitgliedern. Nach Annahme dieser Resolution werden die anderen Resolutionen für erledigt erklärt.

Sämtliche zum Punkt Presse gestellten Anträge, welche einen weiteren Ausbau des Verbandsorgans fordern, werden der G. V. zur Berücksichtigung überwiesen. Des weiteren wird beschloffen, einen leitenden Redakteur anzustellen.

Je eine Ansprache der polnischen, deutschösterreichischen und schwedischen Delegation wird mit stürmischem Beifall aufgenommen, da die Delegierten von einem guten Fortschritt der Organisation in ihren Heimatländern berichten können.

Den Bericht vom Gewerkschaftskongress ersollte J. I. M. a. n. n. Hamburg; mit zur Diskussion treten: Richtlinien über Betriebsräte und Arbeitsgemeinschaften. In der Debatte hierüber tauchen dieselben gegnerischen Meinungen auf, welche sich bereits wegen der „Kriegspolitik der Gewerkschaften“ gezeigt hatten. Nachdem vier Redner zu Worte gekommen, werden die Verhandlungen vertagt.

Eine unzulängliche Betrachtung.

In ihrer Nummer vom Donnerstag Abend nimmt die „Freiheit“ in einem Artikel zur Haltung der kommunistischen Partei gegenüber den Gewerkschaften Stellung. Das Blatt bedauert es im Interesse des Proletariats lebhaft, daß die Kommunisten zur Gewerkschaftsfrage eine Haltung zeigen, die für den Zusammenbruch der Organisationen die größten Gefahren in sich birgt. Unter Bezug auf die von der „kommunistischen Rätekorrespondenz“ veröffentlichten Richtlinien zur Gewerkschaftsfrage, in denen bekanntlich die Zerstörung der Gewerkschaftsbureaus und der Massenaustritt aus den Verbänden empfohlen wird, fragt die „Freiheit“ ganz verständlich, welchen Vorteil sich die Zentrale für ihre Partei bei einer solchen Zerstörung der gewerkschaftlichen Einheitsorganisation verpricht? Durch eine solche Zerkleinerung der Gewerkschaften und damit die Widerstandslosigkeit des Proletariats gegen die immer heftiger anstürmenden gut organisierten Unternehmer ungeheuren Schaden.

Die „Freiheit“ hätte in ihrer im allgemeinen durchaus zutreffenden Kritik an der kommunistischen Organisationszerstörung eigentlich ein eigenes Schuldbekenntnis ablegen sollen. Jenes geradezu verbrecherische Treiben haben die Unabhängigen durch ihre

walke Hege gegen die Gewerkschaftsführer mit vorbereiteten Helfen. Wer wie die Unabhängigen durch maßlos rüdes und unerbittliches Ausfragen in den Gewerkschaftsorganisationen jedes kameradschaftliche Zusammenarbeiten mit den eigenen Klassen Genossen unmöglich macht, zahlreiche alte verdiente Gewerkschaftsführer kalt und ohne triftigen Grund aufs Kaster wirft, hat das Recht verwirkt, über organisationszerstörerische Maßnahmen zu heulen.

Und haben wir nicht erst in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ vom 21. September an einem Beispiel gezeigt, daß selbst die Leitung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Gewerkschaftszerstörer geradzu unterfängt? Wird diesen, aus der Reihe der modernen Gewerkschaftsbewegung tanzen den neuen Organisationen nicht sogar an eben derselben Stelle der Anknüpfung an die Zentrale für Betriebsräte, Halle, anempfohlen? Die Kritik der „Freiheit“ darf sich daher nicht allein gegen die Kommunisten richten, sondern sie muß sich gegen jene Ständen wenden, die auch in ihrem eigenen Lager bis hinauf in die Organisationsleitung gegen den Einheitsgeist in der Gewerkschaftsbewegung begangen werden.

Gewerkschaftsmitglieder!

Für die Vorstellung zum Sonntag, den 28. September, nachmittags 2 Uhr, im Deutschen Theater „Der Viberpel“ von Gerhart Hauptmann, können noch Karten zu sehr ermäßigtem Preise in unserem Bureau in Empfang genommen werden.

Ebenso für die Operette „Die Puppe“ im Rollendorf-Theater für alle Tage einschließlich 30. September 1919.

Eintrittskarten für den Vortragsabend von Fräulein Nora Juppier im Reiteraal, Köthener Straße 38, Dichtungen von Heine, Goethe, J. Paul u. a., für Dienstag, den 30. September, abends 8 Uhr, können zu ermäßigtem Preise in unserem Bureau, Engelauer 16, 1. Treppe, Zimmer 15, in Empfang genommen werden.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Einseitige Provinzbehörden?

Vom Verband der Bureauangestellten wird uns geschrieben:

Bei der Hauptverwaltung der Provinz Brandenburg wurde mit dem Angestelltenausschuss durch die Organisation ein vorläufiges Abkommen getroffen, welches die Gehaltsregelung, die Anstellungs- und Kündigungsverhältnisse und das Mitbestimmungsrecht für die Angestellten umfaßt. Hierdurch wurde bei dieser Behörde ein vorläufiges, alle Teile betreffendes Verhältnis geschaffen. Die Landesversicherungsanstalt Brandenburg, welche zurzeit in Vertretung des beurlaubten Direktors durch Landesrat Spay vertreten wird, hatte auch dieses Abkommen übernommen. Dieses war um so leichter möglich, weil in diesem Falle der Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Herr v. Winterfeldt, auch oberster Leiter der Provinzbehörde ist. Unter anderem war für die Lohnangestellten der Landesversicherungsanstalt Brandenburg analog dieses Abkommens eine sechsmonatliche Kündigung zum Quartale vorgesehen, wenn die Tätigkeit mehr als 2 Jahre betrug. Ueber diese Vereinbarung setzte sich Landesrat Spay sehr leicht hinweg, indem er selbstherrlich vorgeht, die Kündigungen auszusprechen, wie er es für gut hält, den Angestelltenausschuss nicht empfängt und im übrigen in seinem Schriftwechsel mit der Organisation sehr wenig den Geist spüren läßt, welcher gerade bei einer Behörde von sozialer Bedeutung vorherrschend muß. Allerdings ist dies, mit den Handlungen verallgemeinert, eigentlich selbstverständlich.

Es wäre sehr erwünscht, wenn Herr v. Winterfeldt sich einmal dazu aufraffen würde, Reichwerden, welche ihm als Gütliche zugehen, zu beantworten. Die Zeiten, wo man bei Beschwerden dem alten Amtsschimmel durchs Bureau traben läßt und den Instanzenweg von oben nach unten und dann umgekehrt einschlägt, sollte vorbei sein. Die hohen und höchsten Herren triefen von Wohlwollen, wenn mit ihnen verhandelt wird, schlagen sich an die Brust und betonen ihr Entgegenkommen und ihre Zugänglichkeit.

Die Angestellten verzichten auf Wohlwollen usw. Sie verlangen, und das mit Recht, für die bei der Behörde seit Jahren geleisteten, aufopfernden Dienste so viel Gerechtigkeit, daß man sie zum besterhebenden, vielleicht traurigsten aller Winter nicht knoll und fall auf die Straße legt. Bei einer Behörde, wo seit Jahren ausschließlich Militärärzte tätig waren, braucht man sich allerdings auch nicht zu wundern, wenn selbst der Beamtenausschuss mit einem Male gegen Frauenarbeit hegt. Es ist bedauerlich, daß selbst unter subalternen Beamten heute noch nicht erkannt wird, daß ihr Denken und Fühlen in erster Linie auf Seiten aller Arbeitnehmer stehen muß.

Angestelltenfreiz bei der Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte.

Seit dem 25. d. Mts. befinden sich sämtliche Angestellten der Bundesverkaufsstelle — etwa hundert Personen — im Proteststreik. Veranlassung zur plötzlichen Arbeitsniederlegung gab die Vorgehensweise des Angestelltenobmannes und eines weiteren Ausschussmitgliedes, die 12 bzw. über 20 Jahre im Hause tätig sind. Daß die gemäßigtesten Ausschussmitglieder das volle Vertrauen ihrer Kollegenschaft genießen, beweist die Tatsache, daß von etwa hundert Angestellten nur neun gegen den Streik stimmten. Der Zeitung des Bundes der Landwirte ist es bisher furchtbar schwer gefallen, eine Angestelltenvertretung in ihrem Betriebe zu dulden, geschweige denn eine solche als gleichberechtigten Verhandlungsfaktor anzuerkennen. Die Bewegung führt der deutschnationalen Handlungsgehilfenverband.

Die militärbedingten Privatangestellten sind, wie aus von bestimmter Stelle gemeldet wird, durch die von zahlreichen Armeekommandos angeordneten Massenkündigungen stark bedrängt worden. Dieses Vorgehen steht nicht im Einklang mit den feierlichen Versprechungen des Kriegsministeriums. Wegen dieser Entlassungen hat der Verband der Bureauangestellten (ab 1. Oktober Zentralverband der Angestellten, Berlin) mit dem Kriegsministerium verhandelt. Dadurch sind die unzulässigen Massenkündigungen durch ein Rundtelegramm an die einzelnen Generalkommandos für unstatthaft erklärt und angeordnet worden, solche Massenkündigungen zurückzuziehen. Es ist außerdem über eine Neuverpflichtung mit dem Verband der Bureauangestellten verhandelt worden, die hoffentlich alle weiteren Kündigungen ausschließen dürfte. Falls die Kündigungen dennoch nicht rückgenommen werden, wenden sich die betreffenden Angestellten zweckmäßig sofort an die Hauptgeschäftsstelle des Verbandes der Bureauangestellten Berlin, Dirschstr. 4. Bei dieser Gelegenheit ist auch über die Gewährung einer Weidungsbereitschaft an die Angestellten der militärischen Dienstbehörden mit gutem Erfolge verhandelt worden.

Zentralverband der Handlungsgehilfen. Bezirkskommission für die Arbeiter der Provinz Brandenburg, Berlin, Dirschstr. 4. Bei dieser Gelegenheit ist auch über die Gewährung einer Weidungsbereitschaft an die Angestellten der militärischen Dienstbehörden mit gutem Erfolge verhandelt worden.

Veranlaßt durch den Redaktion. Teil: Alfred Scholz, Reutlingen; für Einzelne: Theodor Glöde, Berlin. Verlag: Bornemann-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornemann-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 8. Preis 1 Blatt.

Ankauf von Juwelen
von Juwelen
Brillanten
STOESS, Friedrichstrasse 158, I.

Nur allein
Kunst-Pianos und Flügel
Virtuola
ermöglichen gleichzeitige Wiedergabe der Stücke
nach Auflassung d. Künstlers u. Selbstfinanzierung.
Römhildt A.-G., Leipzig, Straße
119-120, I. Stock.

Gegründet
1876.
Möbel-Fabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigau Str. 71-73a
3 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee.
Empfiehlt gute preiswerte Möbel.
Einrichtungen in jeder Preislage.
Ganz besonders große Auswahl in
Schlaf-, Speise-, Wohn-, Herrenzimmern
jedem Geschmack entsprechend.
154 Musterräume, Lagerraum 6666/111 Gr.
Versand nach allen Plätzen Deutschlands.
Besichtigung lohnend, ohne Kautzhang.
Wochentags von 9-7 Uhr geöffnet.